

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheid-Konto Hannover Nr. 67613
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65

Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pf.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: P. Hansmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauser Straße 38-42.

Telephon-Nummern: 4300, 4301
Telegraph: Mittelverband Bochum

Privatkapitalistische Wirtschafts-anarchie.

Die Abfabrik im Bergbau. — Zehntausendungen und Massenentlassungen der Bergarbeiter. — Der Staat muß helfen!

Nichts beleuchtet den gegenwärtigen Zustand im Ruhrbergbau schärfer als ein Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags am 16. Juni d. J. einbrachte und in dem es heißt:

„Im Ruhrrevier ist ein Stilllegungsprozess im Gange, der bereits auf zahlreichen Zechen die Bergwerke erwerbslos gemacht hat. Nach Äußerungen der Leiter großer Bergwerkskonzerne sollen weitere Stilllegungen folgen, so daß bis zum Jahresabschluss mit der Kündigung von 60- bis 80 000 Bergarbeitern gerechnet werden muß. Wie es heißt, sollen auch die Bergarbeiter der staatlichen Gruben des Ruhrgebietes davon betroffen werden.“

Infolgedessen fordert die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags vom Staatsministerium folgende Hilfsmaßnahmen für die Bergleute:

1. Schritte, in Gemeinschaft mit der Reichsregierung, um die geplanten Stilllegungen zu verhindern und bereits durchgeführte wieder rückgängig zu machen.
2. Falls diese Schritte zu dem gewünschten Erfolg nicht führen, Einwirkung auf die Reichsregierung, daß öffentliche Arbeiten in Angriff genommen werden, z. B. der Bau der Schnellbahn Köln-Dortmund, der Ausbau des Lippe-Kanals an den beiden Endstellen und andere längst geplante Verkehrsobjekte des Industriegebietes.
3. Bereitstellung von Staatsmitteln, um die Inangriffnahme und Durchführung dieser Arbeiten zu fördern.
4. Für die Beseitigung der planlosen Feiertagslücken die Einführung der fünfzügigen Wochenfrist nach englischem Muster.“

Die Bergarbeiter nehmen die Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion dankend an. Im Ruhrbergbau hat sich ein Zustand entwickelt, der das Eingreifen der staatlichen Organe unbedingt erforderlich macht. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß das für die Allgemeinheit so äußerst wichtige Produktionsgebiet des Bergbaues an der Ruhr noch weiter ohne jede Einschränkung der schrankenlosen Willkür privatkapitalistischer „Wirtschaftsführer“ überlassen bleiben darf.

Die Ruhrunternehmer nehmen die gegenwärtige Krise der Privatwirtschaft mit ihren lähmenden Erscheinungen der Absatzflutung zum Vorwand, um in der rigorosesten Weise gegen die Lebens- und Existenzbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten vorgehen zu können. Während Zehntausende von Bergleuten entlassen werden, geht das gesamte Unternehmertum der Großindustrie konzentriert gegen die übrigen Arbeiterschichten vor. In der Metallindustrie wurde die Lohnordnung gekündigt und ein 10prozentiger Lohnabzug gefordert. Um die Bauarbeiterlöhne nach unten drücken zu können, legten die Ruhrindustriellen sämtliche Industriebauten still und setzten 25 000 Bauarbeiter auf die Straße. Im Holzgewerbe führten die Scharfmacher einen Aussperrungsbeschluss gegen 100 000 Holzarbeiter durch, um den Holzarbeitern eine Verschlechterung der Tarifbestimmungen aufzuzwingen. In allen übrigen Industrien zeigen sich ähnliche Tendenzen. Überall regt sich der Geist der sozialen Reaktion, des unerbittlichen Scharfmachertums.

Durchsichtige Agitationsmanöver.

Während das Unternehmertum so seine massiven Angriffe gegen die Arbeiter in Szene setzt, wird die Öffentlichkeit mit einer wahren Sintflut von Entschuldigungen, Proklamationen und sonstigen Erklärungen überflutet. Das Reichskabinett wurde bearbeitet und die „armen“ Unternehmer reichten eine Denkschrift ein, die beweisen soll, wie schlecht es gegenwärtig den bedauernswerten Großkapitalisten in Deutschland geht. Der Arbeitgeberverband schreckte nicht zurück, in dieser Denkschrift an den Reichskanzler zu behaupten, die deutsche Wirtschaft stehe vor der Gefahr einer neuen Inflation, wenn nicht in energischer Form gegen die Auffassung der Gewerkschaften in der Lohn- und Arbeitszeitfrage Stellung genommen würde. An anderer Stelle veröffentlichten wir in dieser Nummer unserer Zeitung die Antwort des Bundesausschusses des ADGB auf diese Unverschämtheit der Unternehmer.

Die haarsträubenden Behauptungen der Unternehmerpropaganda, eine vollständige Entlohnung der Arbeiter bedeute eine neue Inflation, hat selbst die Hüterin der deutschen Währung, die Deutsche Reichsbank, auf den Plan gerufen. Das Reichsbankdirektorium antwortete auf eine diesbezügliche Anfrage des Verbandes sächsischer Industrieller u. a. folgendes:

„Die Annahme, daß die deutsche Währung wieder inflationistische Momente zeige, worauf die immer stärker einsetzenden Lohn- und Preisbewegungen, die nur durch eine Geldentwertung zu erklären seien, hindeuten sollten, erscheint uns abwegig... Schließlich möchten wir noch betonen, daß die Stellung der Reichsbank heute so stark ist, daß sie ohne weiteres allen Bedrohungen der Währung entgegenzutreten vermag. Wir müssen es aufs schärfste verurteilen, daß durch unverantwortliche Zeitungsartikel eine Atmosphäre des Mißtrauens gegen die Währung geschaffen wird. Zu einer Zeit, in der eine ruhige Entwicklung, namentlich im Hinblick auf die fortgesetzten Bemühungen zur Wiederbelebung des Spartriebes, doppelt wünschenswert erscheint.“

Trotz dieser deutlichen Abgabe geben sich die Unternehmer nicht zufrieden und leiten ein wahres Regietreiben gegen alle die Kreise ein, die vor der Allmacht der unternehmer-

lichen „Wirtschaftsweisheit“ nicht so ohne weiteres auf dem Bauche liegen. Gegen die „Frankfurter Zeitung“, die mit bemerkenswerter Offenheit den Plunder währungs-, wissenschaftlicher Argumente in der schon genannten Denkschrift des Arbeitgeberverbandes zerpflichtete, hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Sonderschrift herausgegeben, die in Zehntausenden von Exemplaren verteilt wird. In dem einleitenden Artikel dieser Sonderschrift heißt es zum Schluß:

„Im Sinne der Aussprache im Großen Ausschuss wenden wir uns deshalb mit diesem Mahnruf an die Mitgliedsverbände und sämtliche deutschen Arbeitgeber mit der dringenden Bitte, sich des Ernstes der Lage der nur währungsrechtlich erhaltenen und deshalb nur labilen Stabilität der Währung immer bewußt zu sein, und nie zu vergessen, wie auch von der Lohnseite für die Währung Gefahren drohen, die zunächst unbeachtet, das ganze Währungsgebäude ins Wanken bringen können.“

Im Neg der eigenen Widersprüche.

Die Erklärung des Reichsbankdirektoriums ist, wie man aus diesen Zeilen ersehen kann, an den Unternehmerhirnen vollkommen unlos abgeprallt. Diese Einstellung hat für uns schon lange nicht mehr den Reiz der Neuheit, da wir wissen, daß die Unternehmervertreter immer für sich die Palme der einzig wahren Erkenntnis in Anspruch nehmen und ihre Klugheit für immer als unübertrefflich halten. Wie widersprüchlich die Unternehmerpropaganda trotz der solchermaßen festgestellten Superflugs der industriellen Wirtschaftskoryphäen ist, zeigen folgende Zeilen, die wir dem schwerindustriellen Interessenorgan der Bergbauunternehmer, der „Deutschen Bergwerks-Ztg.“, entnehmen. Dieses Blatt schrieb in seiner Nr. 138 vom 16. Juni 1925 unter dem Titel: „Das alte Problem“ zur Frage der Lohnpolitik und der Währung u. a. folgendes:

„Es kommt zweifellos weder der deutschen Wirtschaft noch der deutschen Währung zugute, wenn da und dort die Möglichkeit einer neuen Inflation immer wieder erörtert wird. Das Reichsbankdirektorium hat dem Verband sächsischer Industrieller kürzlich im Einzelnen auseinandergesetzt, daß und aus welchen Gründen eine neue Inflationsgefahr nicht bestehe. Der Schluß, daß Kaufkraftveränderungen auf der Geldseite die in jüngster Zeit erfolgte Hebung des deutschen Preisniveaus bezwärtigen hätten, sei abwegig. Dem kann man im ganzen und großen wohl zustimmen.“

Wir glauben schon deshalb nicht an eine neue Inflation, weil das ganze Volk in allen seinen Schichten gelernt hat, sich in seinen Lebens-, Kauf- und Zahlungsgewohnheiten auf die Geldentwertung einzustellen. Damit verliert die unpolide Geldschöpfung, die Benutzung der Notenpresse, ihren Sinn als Mittel zur Verteilung der Staatsausgaben. Die Reichsbank vermag ferner den Außenwert des deutschen Geldes mit ihrem Vorrat an Gold und Devisen noch auf lange Zeit hinaus zu behaupten.“

„Wir glauben schon deshalb nicht an eine neue Inflation — — —, schreibt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ — — — „nie zu vergessen, wie auch von der Lohnseite für die Währung Gefahren drohen — — —, heißt es im Leitartikel der Sonderschrift des Deutschen Arbeitgeberverbandes. Welcher von diesen beiden Unternehmeräußerungen soll man nun Glauben schenken? Und da verlangen die Unternehmer immer noch, von den übrigen Volkskreisen ernst genommen zu werden!

Wo ist Freude und Genuß?

Der Ansturm der Unternehmer hat einen rein sozialreaktionären Charakter. Mit allen Mitteln sucht man begreiflich zu machen, daß die Arbeiter zu viel Genuß und Vergnügungen haben. Ein Artikel von Walter Funk in der schon zitierten Sonderschrift, der den Beweis zu erbringen versucht, daß die Arbeitszeit verlängert und der Lohn weiter verfürzt werden müsse, beginnt bezeichnenderweise mit folgenden Sätzen:

„Seute (Fingsten. D. Red.) sieht das arbeitende Volk in einer dreitägigen Arbeitspause Freude und Genuß an der Frühlingsschönheit der Natur. Und dabei haben wir so wenig Grund zur Freude und so sehr die Pflicht zur Besserung.“

Das arbeitende Volk hat also nach Meinung dieses Gemütsathleten Walter Funk nicht das Recht, am Freitag in einer Arbeitspause Luft zu schöpfen. Abgesehen von der Tatsache, daß Zehntausende von gesunden Arbeitskräften durch die Zehntausendungen, Aussperrungen und Entlassungen dem Produktionsprozess wochen- und monatelang ferngehalten werden, sei gerade hier daran erinnert, in welcher parasitärer Weise der Luxus der besitzenden Schichten die Volkswirtschaft belastet. Wer einmal einen Blick in die Luxusbäder der deutschen Scharnerdiener zu werfen vermag, kann sich einen eigenen Begriff über die „unerhörte Notlage“ der deutschen Unternehmer machen. Aus den Badeberichten geht hervor, daß der Besuch der deutschen Bäder in diesem Jahre sehr gut ist. Wenn man z. B. weiter die Straßen kontrollieren wollte, die den Rhein entlang führen, so könnte man tagtäglich Hunderte von „schwerleidenden“ Großindustriellen und Aktionären aus den Lederpolstern der dort hincrasenden Luxusautomobile heben. Es ist festgestellt worden,

daß auf der Straße vom Raacher See in der Eifel nach Nieder-Mendig an den beiden Pfingstfeiertagen über 4000 Personenautomobile verkehrten. Wenn man die Nachtzeit abrechnet und diese Zahl auf je 16 Stunden pro Tag verteilt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß auf dieser Straße nach beiden Richtungen in jeder Minute ein Auto dem anderen folgte. Das steht allerdings nicht in dem Artikel der Unternehmer-Sonderschrift geschrieben. Oder will man vielleicht behaupten, daß in den 4000 Automobilen lauter Ruhrbergleute saßen?

Wie die Produktion verteuert wird.

Weiter ist in der Unternehmerschrift nichts davon zu finden, daß die Produktion durch eine Unzahl von oberen Beamten, Direktoren, Aufsichtsräten usw. in ganz horrenden Weise belastet wird. Wir haben schon einmal in unserer vorhergehenden Nummer auf das Beispiel der „Bank für Landwirtschaft“ hingewiesen, deren Generalversammlung am 8. Juni tagte, wo der Vertreter der Kleinaktionäre, Geheimer Rechnungsrat Bernau, zu den Unkosten dieses Unternehmens Stellung nahm und erklärte, daß die hohen Unkosten durch die ungewöhnlich große Zahl der Verwaltungsmitglieder der Bank hervorgerufen würden. Herr Bernau belegte seine Meinung mit frappierenden Einzelheiten. So habe die Bank für Landwirtschaft allein 5 Direktoren, von denen 2 für „tote Kapitalinteressen“ tätig sind, und 37 Aufsichtsratsmitglieder. Das bedeutet, daß die Herren Aufsichtsratsmitglieder pro Kopf 150 000 Mk. Gesellschaftsvermögen zu verwalten haben. Herr Bernau empfahl dem Vorstand, hier am allerersten mal recht gründlich mit dem Abbau zu beginnen.

Daß der hier angeführte Fall nicht vereinzelt liegt, zeigt eine Erhebung, die vom Deutschen Werkmeister-Verband ange stellt wurde und die zu sehr interessanten Ergebnissen führte. Nach Angabe der Geschäftsstellenleiter des Werkmeisterverbandes waren z. B. in 260 der bedeutendsten deutschen Aktiengesellschaften Ende v. J. 62 Prozent mehr Direktoren vorhanden als Ende 1913. Dabei ist die Zahl der Arbeiter in diesen Betrieben in der gleichen Zeit nur um 1,33 Prozent gewachsen. Auch sonst ist das Heer der leitenden Personen gestiegen. In den erwähnten 260 Betrieben kam 1913 auf 43 Arbeiter ein Werkmeister, heute bereits auf 34 Arbeiter.

In den Propagandaschriften der Unternehmer sucht man vergeblich aufklärende und erzieherische Hinweise, um diesem ungeunden Zustand ein Ende zu bereiten. Die Unternehmer verlangen immer wieder von den Gewerkschaften, daß diese in den Kreisen ihrer Anhänger Verständnis für die Not der deutschen Wirtschaft und für den Zwang des Abbaues und der Sparhaftigkeit schaffen sollen. Diese sogenannten guten Ratsschläge scheinen den Gewerkschaften deswegen so gern und so häufig gegeben zu werden, weil man nicht den Mut aufbringt, sie in den eigenen Reihen, wo sie durchaus am Platze wären, zur Diskussion kommen zu lassen.

Es bleibt daher eine Aufgabe der Gewerkschaften, aufklärend zu wirken, wo die wirklichen Quellen der unerhörten Teuerung liegen und der Öffentlichkeit zu sagen, daß nicht die Löhne die Produktion verteuern, sondern die ungeheure Organisation des deutschen Unternehmertums.

Die wahren „Sorgen der Großindustrie“.

Die Propaganda der Unternehmer zur Beeinflussung der Öffentlichkeit ist nur zu werten als eine geschickte Maskierung ihrer eigentlichen Absichten. Durch alle diese Manipulationen versucht man einen Druck auf die Regierungsstellen auszuüben, damit die behördlichen Organe sich in Bewegung setzen sollen gegen alle Forderungen, die betreffen Arbeitszeit und Löhne von den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter erhoben werden. Worauf es diesen Herrschaften augenblicklich vornehmlich ankommt, zeigen folgende Zeilen, die der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 16. Juni d. J. entnommen sind:

„Die Gewerkschaften treiben ein gefährliches Spiel, dessen Risiko letzten Endes der Arbeiterschaft selbst zur Last fallen muß. Die Hauptverantwortung liegt aber bei den Schlichtern und dem Reichsarbeitsminister. Eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs für die Hochofen- und Kokereiarbeiter wäre wegen der daraus zu erwartenden Folgen ein Verbrechen am gesamten deutschen Volke. Die Warnungszeichen sind deutlich genug, als daß sie von den verantwortlichen Behörden nicht erkannt werden sollten.“

Diese Zeilen beenden einen Artikel, der die Ueberschrift trägt: „Sorgen der Großindustrie“. Die „Sorgen der Großindustrie“ drehen sich also um den Erlaß der Verordnung vom 20. Januar 1925 über die Wiedereinführung der dreigeteilten Schicht für die Hochofen- und Kokereibetriebe. Durch Verhinderung des Lohnausgleichs versuchten die Unternehmer, den Arbeitern dieser Betriebe die Freude an der Achtstundenschicht zu vergällen. Da der Schlichter diese Unternehmerräufereien nicht anerkannte und einen anderen Schiedspruch fallte als den Unternehmern genehm war, setzte eine großzügige „Aufklärungspropaganda“ der Scharnerindustrie gegen ihn ein. Wie skeptisch man allen Angaben der Unternehmer gegenüber stehen muß, zeigt folgendes Beispiel:

Die Unternehmer behaupteten, daß bei Wiedereinführung der dreigeteilten Schicht in den Kohlereibetrieben die Belegschaft um mindestens 50 Prozent vermehrt werden müßte und deshalb durch diese Maßnahme eine wesentliche Wertenerkung der Gestehungskosten zu erwarten sei. Durch eine Umfrage haben wir festgestellt, daß vor der Einführung (1. März 1925) der dreigeteilten Schicht in 113 Kohlereien 14 136 Personen beschäftigt waren und nach Einführung derselben die Zahl der beschäftigten Personen auf 15 171 stieg. Es war also nicht, wie die Unternehmervertreter vorher in irreführender Weise behaupteten, eine Steigerung um 50 Prozent, sondern nur eine Erhöhung um 7,32 Prozent oder 1035 Personen eingetreten. Die Leistung betrug arbeitsmäßig im Durchschnitt der acht Wochen vor dem 1. März d. J. 65 719 T.o. und stieg für denselben Zeitraum nach Einführung der dreigeteilten Schicht auf 66 502 T.o. arbeitsmäßig.

Diese Zahlen zeigen die ganze Unwahrscheinlichkeit der schwerindustriellen Nachrichtenübermittlung. Die Arbeitervertreter haben deshalb allen Grund, die von den Unternehmern gemachten Angaben über Rentabilität usw. zu bezweifeln.

Die Tragödie der Stilllegungen.

Trotz der immer wieder nachgewiesenen Unehrllichkeit und Willkür herrschen die Unternehmer in der für die Allgemeinheit so ungemein wichtigen Kohlenwirtschaft schrankenlos. Eine Beche nach der andern wird stillgelegt und jeden Tag werden neue Tausende von Bergarbeitern auf die Straße gesetzt. Bis zum Jahreschluß will man 60- bis 80 000 Bergarbeiter aus dem Bergbau austofsen. Von 270 Bechen wurden bisher 35 ganz und 50 teilweise stillgelegt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß vom März bis April bereits über 10 000 Bergarbeiter abkehrten und zum Teil freiwillig in andere Berufe übergetreten sind. Die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Unternehmer brachte es mit sich, daß ein qualifizierter Bergarbeiter, der seine schwere Arbeit unter tausend Gefahren verrichten muß, weniger verdient als ein Schreibmaschinenfräulein oder ein Schreiber auf irgend einem Amt. So kam es, daß Tausende von Bergarbeitern freiwillig abkehrten. Vom Februar bis Mai nahmen auf den Staatszügen 1700 Bergleute freiwillig ihren Abschied. Der Bergbau wird infolge des fehlenden Nachwuchses später noch in besondere Schwierigkeiten kommen. Im ganzen Ruhrbergbau sind gegenwärtig nur 17 000 Arbeiter bis zu 18 Jahren beschäftigt, während normalerweise mindestens 35 000 Arbeiter als bergmännischer Nachwuchs in dieser Altersklasse vorhanden sein müßten. Trotz dieser rückläufigen Entwicklung kommen immer noch Tausende zur Entlassung. Ganze Bergarbeitergemeinden an der Ruhr werden und werden. Im Förderkreis z. B. sollen früher 15 000 Bergleute. Heute ist diese Zahl auf 7000 gesunken und täglich erfolgen noch weitere Kündigungen. Die Zahl der Bergarbeiter sank im Gattinger Revier von 14 000 auf 8000, im Wittener Revier von 15 000 auf 9000, in der Gemeinde Linden-Dahlhausen von 4900 auf 1840. In nächster Zeit sollen zur Entlassung kommen bzw. durch Stilllegung außer Arbeit gebracht werden auf:

Thyllen 3000, Neumühl 500, Unger Freib 1100, Staatszügen 2000, Massen 1600, Graf Blumenthal 850, Freie Vogel und Unverhofft 1100, Admiral 300, Herbeder Steinkohlenwerke 900.

Unter diesen Bechen befinden sich Betriebe, die in den besten Bergbaubezirken, im Norden des Ruhrreviers, liegen. Welche Politik von der Bechenverwaltung hierbei noch betrieben wird, zeigt die Tatsache, daß die Beche König Ludwig, die zum Lothringer Konzern gehört, die äußerst ungünstig und unrentabel fundierte Beche Trappe bei Silschede aufkaufte, während der Lothringer Konzern die Bechen Schürbank und Charlottenburg, Johanneslegen und Freie Vogel und Unverhofft stilllegte. Es kann sich hier u. U. nur um ein Mandat handeln, das darauf hinausläuft, die nach dem Syndikatsvertrag vorgegebene Kohlenquote zu übernehmen und dann den Betrieb ebenfalls wieder stillzuliegen. Der Lothringer Konzern will also an dieser Stilllegung verdienen.

Dieses Beispiel zeigt so recht den Charakter der gegenwärtigen Situation an der Ruhr. Das Unternehmertum wird vollständig auf die Arbeiter abgewälzt. Keine Maßnahme staatlicher Organe hemmt die Kohlenrubenbesitzer bei ihrer „Sanierung“ auf Kosten der Arbeiter. Ungeheure Werte an Boden-

schaften gehen der Volksgemeinschaft verloren. Dazu werden noch Hunderttausende der kostbaren Arbeitskräfte verschwendet und nutzlos verpulvert.

Grenzen der privatkapitalistischen Wirtschaft.

Der Privatkapitalismus ist nach alledem nicht mehr fähig, Ordnung in das Chaos zu bringen. Während Zehntausende von Bergarbeitern aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden und sich auf Kosten der Gemeinden erhalten lassen müssen, werden an anderen Orten Uebererschichten über Uebererschichten verschoben. Wie wir schon in unserer vorletzten Nummer mitteilten, wurden im März d. J. noch über 360 000 Uebererschichten im Ruhrbergbau verschoben. Es ist deshalb zu bezweifeln, daß die sozial. Fraktion des preussischen Landtags den Antrag auf Regelung der Arbeitszeiteinteilung nach englischem Muster stellte. Die staatlichen Organe haben die Pflicht, jetzt eingzugreifen. Es darf nicht sein, daß es den Unternehmern überlassen bleibt, lediglich nach privatkapitalistischen und finanztechnischen Gesichtspunkten das Nationaleigentum an Arbeitskraft und Bodenschätze zu verderben. Artikel 157, Absatz 1 der Deutschen Reichsverfassung sagt: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches“, und im Artikel 155, Abs. IV der Reichsverfassung heißt es: „Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte stehen unter Aufsicht des Staates.“

Die Arbeitskraft und die Bodenschätze als die kostbarsten Güter der Gesellschaft und unserer Nation werden erst dann unter dem besonderen Schutz der Gesellschaft stehen, wenn innerhalb dieser Gesellschaft die realen Machtverhältnisse diesem Grundgesetz einen festen Boden geben. Ferdinand Lassalle sagte schon im Jahre 1862 in seinem berühmten Vortrag über Verfassungswejen:

„... Die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den realen, tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Lande bestehen; geschilderte Verfassungen sind nur dann von Wert und Dauer, wenn sie der genaue Ausdruck der wirklichen in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind.“

Unsere Reichsverfassung und die tatsächlichen Machtverhältnisse.

Wir müssen danach streben, daß die Arbeitskraft und die Bodenschätze nicht nur nach dem Buchstaben auf dem Papier der Weimarer Verfassung unter dem besonderen Schutz des Staates stehen, sondern, daß dieser Schutz in den tatsächlichen Machtverhältnissen verankert liegt. Leider sind die realen Machtverhältnisse heute nicht so in der tatsächlichen Gruppierung der Kräfte verankert, wie wir es wünschen. In Deutschland regieren die „nationalen Ketter“. Der Vorstoß der Unternehmerraktion resultiert erst aus der Gelegenheit der vorhandenen reaktionär beeinflussten Machtverhältnisse. Weite Kreise der arbeitenden Schichten des Volkes haben durch ihre Interesselosigkeit und Indifferenz dazu beigetragen, daß die realen Machtverhältnisse sich so verschoben haben, daß von einem staatlichen Schutz der Arbeitskraft und der Bodenschätze heute keine Rede ist. Die Regierung der Schwerindustrie und „nationalen Belange“ hat alle Hände voll zu tun, um das deutsche Volk herrlichen Hinderburgerzeiten entgegenzuführen. Während im Bergbau des Ruhrgebietes sich die große Tragödie der Vermühtung von unerjehbaren Werten an Arbeitskraft und Bodenschätzen vollzieht, gibt diese Regierung in klarer Erkenntnis ihrer Don-Quixotte-Rolle dem Reichstag wichtigste Lebensfragen zur Prüfung:

Aufhebung der Verordnung über die Beschränkung des Uniformtragens;

Wiedereinführung der antirepublikanischen, kleindeutschen Farben Schwarz-weiß-rot;

Einführung des 18. Januar, des Tages der Kaiserproklamation, als gesetzlichen Nationalfeiertag.

Es ist eine Lust, zu leben!

Die Agrarier, die beide Hände aufhalten, um die Brotzölle in Empfang zu nehmen, die militärischen Gedenke, die ihre alte Uniform wieder opozieren tragen wollen, die Hofentzweiger und die Stahlhelmeride, die ihren Kaisertrag und die schwarz-weiß-rote Fahne wiederhaben wollen, sie alle haben Ursache, zu rufen: **Es ist eine Lust, zu leben!**

Die Arbeiter aber, die im Krisenstrudel der privatkapitalistischen Wirtschaftszersplitterung zugrunde gerichtet werden, haben allen Grund, sich darauf zu besinnen, daß innerhalb unserer Gesellschaft die Kräfte verborgen ruhen, die die tatsächlichen realen Machtverhältnisse so umändern können, daß der Schutz der Arbeitskraft und der Bodenschätze nicht nur auf dem Papier der Verfassungsurkunde garantiert wird, sondern wirklich in den vorhandenen Tatsächlichkeiten zum Ausdruck kommen kann.

Arbeitszeit und Ueberproduktion.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands als Interessenorganisation der bedrohten Bergarbeiter wird alle Mittel und Wege suchen müssen, um schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen gesunden Ausgleich zu schaffen. Wenn sich die technische Entwicklung wirklich in so unumwandelbarer Form äußert, daß nicht mehr so viel Kohle im Produktionsmechanismus der Wirtschaft verbraucht werden kann, so wäre es tödlich im Sinne der Entwicklung reaktionär, die Bergwerksverwaltungen zu zwingen, noch weiter Ueberproduktion erzeugen zu lassen und die Halde noch mehr zu verstopfen. Der technische Fortschritt bringt es mit sich, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit immer weiter verkürzt werden kann — wenn, ja wenn die volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse sich nicht steigern. Hier liegt der Kardinalpunkt des ganzen Problems. Die Unternehmer werden dieses Problem niemals lösen können. Ihre ganze Weisheit beschränkt sich immer wieder in dem Ruf: **Noch längere Arbeitszeit, noch niedrigere Löhne!**

Daß das Mittel der Arbeitszeitverlängerung und Wohnförmung, nach den Praktiken der Unternehmer angewandt und auf die Spitze getrieben, selbst innerhalb der privatkapitalistischen Wirtschaft zum völligen Ruin führen muß und in den verelenden Auswirkungen der Schmutzkonkurrenz zwischen den rivalisierenden Ländern auf den toten Punkt läuft, dürfte immer mehr erkannt werden. Der Widerstoß der privatkapitalistischen Wirtschaftsföhrung tritt niemals so klar zutage als in Krisenzeiten, bedingt durch den technischen Fortschritt. Anstatt zur Wohlfahrt und zum Fortschritt zur Plage. **„Vernunft wird Unwissen, Wohlthat Plage.“** Wohl nirgends kommt dieses **„Faust“-Wort** so zur Geltung wie in dieser Situation des privatkapitalistischen Produktionsprozesses.

Neue gesellschaftliche Bedürfnisse.

Das gesellschaftliche Bedürfnis der Menschen im Ruhrgebiet geht heute z. B. dahin, bessere Verkehrswege zu haben. Wir brauchen ein kongentriertes und gut durchorganisiertes Straßensystem für den Automobilverkehr, wir brauchen Verkehrsmittel allergrößten Stils für den Massenverkehr, Schnellbahnen usw., wir brauchen ein gut funktionierendes Kanalsystem, ein großzügiges Siedlungsprojekt für Tausende von Wohnhäusern! Pflicht der Gesellschaft, Pflicht des Staates ist es, hier regulierend eingzugreifen und dafür zu sorgen, daß nicht im Kerngebiet der deutschen Industrie Zehntausende von Arbeitskräften brachliegen und damit nutzlos vergeudet werden.

Wenn der Staat hier regulierend eingreifen muß, so spricht das schon deutlich genug dafür, daß das System der kapitalistischen Privatwirtschaft mehr und mehr an seiner eigenen Unzulänglichkeit Grenzen findet, über die hinaus die Gesellschaft selbst regulend in den Produktionsprozeß eingreift. Damit wird eine Aera angekündigt, die der privatkapitalistischen Gesellschaft folgt und als ganz neues Wirtschafts- und Gesellschaftsprinzip aus dem Nebel der geschichtlichen Entwicklung tauchend, greifbare Gestalt annimmt.

* *

Kameraden im Bergbau! Entwürdigt euch nicht länger zu willenlosen Objekten innerhalb dieser gewaltigen Bewegung! Werdet selbst mitwirkende Teilchen in diesem Prozeß! Schafft euch die Instrumente der Selbsterhaltung in diesem gigantischen Kampf zwischen den Klassen der Ausgebeuteten und der Ausbeuter! Sorgt dafür, daß der Bergarbeiterverband durch die geschlossene Kraft aller im Bergbau Arbeitenden zu einem Faktor wird, an dem auch die Bergbauunternehmer nicht mehr vorbeigehen können! Werbt und agitiert für euren Verband! **Lebt, Kameraden, in der Not erst recht müßt ihr wissen, daß euer Schutz und eure Stärke nur in der Einigkeit liegt!**

Wissen, Beruf, Technik.

Die Magdeburger Zuckerausstellung.

Der Zucker als Nahrungsmittel — die Zuckerrassen im Verdauungswege.

Die Zuckerrassen, welche im Ruhrgebiet auf goldenem Grunde grüßen, sind die Hauptlieferanten für die Zuckerindustrie. Die Zuckerrassen sind die Hauptlieferanten für die Zuckerindustrie. Die Zuckerrassen sind die Hauptlieferanten für die Zuckerindustrie.

Das Fröhenzeit in der Geschichte wurde der Zucker gebraucht, solange nur in vorwiegend nördlichen, nicht besiedelten Gebieten, indem man sich durch die Zuckerrassen oder zuckerhaltige Pflanzen versorgen konnte. Aus Indien ist es bekannt, daß der Zuckerrohr eine uralte Kulturpflanze gewesen ist. Das Sanskritwort „sakarum“ hat die Wurzel für die Bezeichnung des Zuckers in vielen anderen Sprachen geliefert. Das lateinische „saccharum“, was soviel heißt „süß“ und unser heutiges „Zucker“ gehen herbei von diesem Wort für die Gewinnung aus dem jahrenlangen Urwort.

Der Zucker, den wir gewöhnlich zu uns nehmen, wird aus der Röhre gewonnen, jedoch man gefunden hat, daß diese sich billiger verarbeiten läßt als das tropische Zuckerrohr. In chemischer Hinsicht sind aber Rohrzucker und Rübenzucker genau dieselben Stoffe. Sie gehören zu der großen Gruppe der Kohlehydrate, die auf dem Gebiet der Ernährung so ungewöhnlich wichtig sind, da alle pflanzlichen Nahrungsmittel in der Hauptsache aus ihnen bestehen.

Die Kohlehydrate gliedern sich in mehrere Arten, die in ihrem inneren Aufbau von einander verschieden sind. Die komplexesten sind die Stärke, das Dextrin, das Glykogen und die Zellulose. Bei ihnen sind die Moleküle durch die Anwesenheit von einfacheren Kohlehydraten verbunden, in welche sie durch gewöhnliche Mittel zerlegt werden können. Die weniger verbreiteten, die bei der Verdauung wieder zerlegt werden können. Die weniger verbreiteten, die bei der Verdauung wieder zerlegt werden können. Die weniger verbreiteten, die bei der Verdauung wieder zerlegt werden können.

Wenden die Kohlehydrate als Nahrungsmittel aufzunehmen, so müssen die meisten von ihnen erst durch die Verdau-

ung zur Verwendung im Organismus vorbereitet werden. Für diese Aufgabe besitzt der Körper in seinen Verdauungsorganen ganz bestimmte Stoffe, die oft sogenannten Fermente oder Enzyme, welche eine Zerlegung in einfachere Zuckerrassen vornehmen.

Die Zellulose, die wir mit allen pflanzlichen Speisen zu uns nehmen, da sie die Zellwände und die Fasern bildet, können wir zum größten Teil nicht verdauen. Deshalb muß durch Kochen oder andere Zubereitung vorher eine Zerkleinerung der Zellwände bewirkt werden, damit die Verdauungsstoffe zu den Stoffen im Innern der Zellen Zutritt haben. Ausnahmbar ist die Zellulose nur bei jungen Gemüsen, wo sie noch dünn und zart ist und daher unter Wirkung der in unserem Darm vorhandenen Bakterien zur Auflösung gebracht wird. In großen Mengen sind deshalb zellulosehaltige Nahrungsmittel ungesund, oft direkt schädlich, da sie Verstopfungen des Darmes und Verdauungsstörungen verursachen können.

Die weissen Kohlehydrate nehmen wir in der Form von Stärke auf, sei es als Wehl, Getreide, Obst, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Hülsen oder sonst dergleichen. Im Mund wird durch den Kauakt eine Zerkleinerung der Speise und eine Durchdringung mit Speichel vorgenommen. Das im Speichel vorhandene Ferment, das Ptyalin, zerlegt nun das Stärkemolekül teilweise in Dextrin und Traubenzucker und zwar, ohne selbst dabei verändert zu werden. Man hat die Fermente oft mit einem Schlüssel verglichen, der nur in ein bestimmtes Schloß paßt. So ist das Speichelferment nur imstande, die Bindung zwischen Dextrin und Traubenzucker aufzuheben. Alle anderen Stoffe sind unverändert. Daher können wir Fette und Eiweißstoffe so lange im Munde behalten, wie wir wollen, eine chemische Veränderung wird dadurch nicht hervorgerufen.

Gelangt nun der Speichel in den Magen, so wirkt auf die stärkehaltigen Stoffe die verdäulichte Speichelmenge noch ein und es findet auch dort noch ein Abbau statt. Weiter schreitet aber der Verdauungsprozess erst im Dünn Darm, wo durch den Saft der Bauchspeicheldrüse, welcher wiederum durch ein Ferment, die sogenannte Amylase, wirkt, eine Veränderung von Stärke und Dextrin in Malzose eintritt. Aber hier ist noch nicht zur Aufnahme in den Organismus geeignet, und deshalb tritt noch ein drittes Ferment, die Maltase der Darmdrüsen, in Tätigkeit und spaltet das Malzosemolekül in zwei Traubenzuckermoleküle.

Man ist sich heute einig, daß ein Traubenzucker entstanden und dieser kann jetzt durch die Darmdrüsen in die Blutbahn gelangen und so dem Organismus zugeführt werden. Er wird nun chemisch weiter verarbeitet

und im Verdauungsprozeß der Lungen unter Wärmeentwicklung zu Kohlenäure veratmet und durch die Atmung ausgeschieden. Wir wissen ja, daß stärke- und zuckerhaltige Speisen gute Wärmespender für den Körper sind. Ueberhaupt ist der Zucker ein Nahrungsmittel, welches die Stärkung der Muskeln und hauptsächlich die Leber.

Man nehmen wir einen Teil des Zuckers nicht als Kohlehydrate, sondern als Rohrzucker oder Rübenzucker im Kuchen oder in gesüßten Speisen oder Getränken zu uns. Auch dieser wird durch die Einwirkung der Verdauungsfermente in die einfachen Zuckerrassen, die für die Aufnahme geeignet sind, veratmet.

Mit der Mutter- oder mit der Kuhmilch tritt noch der Milchzucker in unseren Körper ein, und mit Obst, Honig und Marmelade nehmen wir Fruchtzucker zu uns. Aber diese treten an Menge und Bedeutung für die Ernährung den anderen Kohlehydraten gegenüber zurück.

Als Ersatz für Zucker wird bekanntlich das Saccharin gebraucht, doch dient dieses nur als Süßmittel, das keinerlei Wert für die Ernährung hat. In den üblichen Mengen ist es gänzlich unschädlich. Es hat uns jahrelang als Nahrungsmittel dienen müssen.

Hermann Hugo.

Die Zigarette der Arbeit.

In den Zigaretten der Arbeit ist alles hart. / Hart und kalt sind die Wände, / von denen kein Bild seinen freudigen Glanz verschwendet. / Hart sind die Pfleger und hart sind die Schwelkern; / hart sind die Ärzte und hart sind die Kranken. / Keine Blume verströmt ihren freudigen Duft, / nur ein Köcheln und Seufzen aus todeskrankter Brust. / Da liegt der verunglückte Bergmann, sein Schadel ist zerquetscht; / dem Zimmermann hat der Arzt den Knochen aus dem Armstumpf weggeholt. / Der Dachdecker fiel vom Dach, / man trug ihm seine zertrümmerten Beine nach. / Der Schuhmacher atmet nur mit einer Biertülle, / und die Bronchien des Steinarbeiters geben ein spitzes, spitzes Gefänge. / Dem Kesselschmied sind die Augen verblinzt, / Eisenpfitter haben ihm das Augenlicht weggerafft. / Der arme Geizer ist ganz verbrannt, / und der Maschinist hat

Eine Kundgebung des ADGB.

Gegen Wirtschaftsreaktion und Unternehmer-Denkchrift.

Die am 12. Mai von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände an die Reichsregierung gerichtete neuerliche Denkschrift über Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrisis und Währung...

Deutschland frant nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entwicklung der Löhne und Arbeitszeit der Arbeitnehmer...

Der Reallohn der breiten Schichten der deutschen Arbeitnehmer ist noch immer sehr viel geringer als in der Vorkriegszeit.

Die Vehauptung, daß Produktion und Guterumfang heute nur 70 Prozent des Vorkriegsstandes betragen, während die Kosten der einzelnen Arbeitskraft 60-100 Prozent über dem Vorkriegsstand liegen...

Die Gewerkschaften sind bereit, alle Schritte zur Steigerung der Produktivität zu unternehmen, aber sie wehren sich dagegen, daß diese Steigerung auf Kosten von Lohn und Arbeitszeit geschieht.

Die Unternehmer sind, wie die Denkschrift und die überall im Reich beobachteten Maßnahmen beweisen, zum Generalangriff auf die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter gewillt.

In dieser ersten Stunde erhebt der Bundesausschuß des ADGB seine warnende Stimme. Die Gewerkschaften nehmen den Kampf auf in dem Bewusstsein, daß sie die kulturelle Zukunft der Masse des deutschen Volkes zu verteidigen und zu sichern haben.

Der Bundesausschuß erwartet, daß die Reichsregierung dem von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an sie gerichteten Appell, durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verweigerung von Lohnerhöhungen an Arbeiter und Beamte des Staates zur Herabdrückung des Lebenshaltungsniveaus des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt.

weber Arm noch Hand. / Vom Gaswerk aber der Schmied / im Fieberwalne immer nach seiner Gattin rief. / Die Tabakarbeiterin ist ganz gelb, / und der Glasarbeiter schaffte sein Leben lang als ein Held.

Der Kampf um die Zölle.

Zoll und Arbeitslohn.

Man versucht neuerdings wieder, Arbeitern und Angestellten die Hochzolle durch die Behauptung schmachtlich zu machen, daß Zölle höhere Löhne ermöglichen.

Professor Liekel untersucht in seiner genannten Arbeit die Beziehungen zwischen Kornpreis und Landarbeiterlohn.

Professor Liekel untersucht in seiner genannten Arbeit die Beziehungen zwischen Kornpreis und Landarbeiterlohn. Dabei geht er von der Voraussetzung aus, daß der vorhandene Boden in seiner Ertragsfähigkeit durchaus verschieden ist.

Table with 3 columns: Boden, Unterschied zwischen Lohn und Ertrag, Miete. It lists data for four soil types (Gutte) regarding grain yield and rent.

Die Böden 1, 2 und 3 sind rentabel, denn sie bringen Gewinn. Anders steht es mit Boden 4, der bei einem Getreidepreis von 10 Mt. für den Zentner nur mit Verlust bebaut werden kann.

Vor dem Zoll: Arbeitslohn von 55 Mt. bei einem Kornpreis von 10 Mt. = 5 1/2 Zentner Korn.

Nach dem Zoll: Arbeitslohn von 55 Mt. bei einem Kornpreis von 12 Mt. = 4 1/2 Zentner Korn.

Unter Landarbeiter erhält also für 55 Mt. nicht mehr 5 1/2 Zentner Getreide, sondern nur noch 4 1/2 Zentner.

Table with 3 columns: Boden, Unterschied zwischen Lohn und Ertrag, Miete. It lists data for four soil types (Gutte) regarding grain yield and rent after a price change.

Der den Warenpreis steigernde Zoll hat also zur Folge: 1. Senkung des Reallohnes, 2. Steigerung der Unternehmerrente.

Die vielerhohnten Wohlstanden des Volkes sind in Wirklichkeit nur eine Verminderung der Arbeitslöhne.

Die Zollvorlage im Reichswirtschaftsrat.

Im Laufe der verfloffenen Woche hat der Reichswirtschaftsrat sein Gutachten über die Getreide- und Futtermittelzölle fertiggestellt.

Der Reichswirtschaftsrat hatte sich über eine Reihe von grundsätzlichen Zollfragen schlüssig zu werden. In der Zollvorlage der Regierung, die dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorlag, forderte die Regierung zunächst autonome Getreide- und Futtermittelzölle.

In dem Gutachten werden die Forderungen nach einem gleitenden Zoll, nach dem Goldwertverzugszoll und den Mindestgetreidezollfaken abgelehnt.

Die Annahme dieses Antrags erfolgt mit den Stimmen der Vertreter der Unternehmer und mit Hilfe einiger Vertreter der sogenannten Gruppe III, die sich aus Vertretern des Handwerks usw. zusammensetzt.

Aus den Verhandlungen des Reichswirtschaftsrates ist noch die Ablehnung eines Antrages zu erwähnen, der die Bildung eines sogenannten sozialen Fonds vorschlug.

Dagegen nahm der Reichswirtschaftsrat eine Entscheidung an, wonach die Einfuhrscheine von Einfuhrscheinen wieder in Kraft treten soll.

Bei der gestrigen Kirnes wurde das Hauptziel bereits bei Sonnenaufgang abgesperrt werden. Als die Aufführung der letzten Streichquartette Beethovens beendet war, verlangte die Masse so stürmisch die Wiederholung, daß man ihr nachgeben mußte.

Ich träume...

Wenn die Leute ihre Traumbildungen drucken lassen, so wollen sie gemeinsam allerlei poetisches Sacharin über die Grenzen der Wirklichkeit schmugeln.

Die Borsenpanik wegen drohender Kriegsgefahr ist einem gewaltigen Aufschwung aller Kurse gewichen, infolge der Meldung, daß die Leitung der sozialdemokratischen Internationale einen Kongress einberufen hat.

Auf der Straße wurde gestern ein Greis in erschopftem Zustand aufgefunden. Man ist auf der Spur der Frevler, die durch soziale Pflichtverwumnisse das Verbrechen verschuldet haben.

Der Berliner Zoologische Garten ist durch ein höchst interessantes Exemplar der osteuropäischen Fauna bereichert worden: einen preußischen Funtzer.

Die seltene Straße einer Verbannung wurde gestern von dem höchsten Gerichtshof ausgesprochen. Der Verurteilte hatte Einzelheiten über Liebesbeziehungen einer Burglerin erzählt.

Die 200 Familien der ehemaligen Aristokratie, deren Gold man das erbliche Recht auf Bezug von Arbeitserzeugnissen gelassen hatte, weil sie ohne dieses Privileg angesichts ihrer Situarung und Arbeitsunfähigkeit hätten verhungern müssen, sind dem Erlöschen nahe.

Allgemeine Aufregung ruft die Verhaftung eines Verbrechens hervor, der in offentlicher Rede einen Satz ausgesprochen, an den er selbst nicht glaubte.

mandigen Menschheit erfahren, verstanden und betätigt. Bei der letzten Entdeckung eines neuen Gedankens dauerte der Zirkulationsprozess noch zwei Wochen, und es mußte festgestellt werden, daß einige tausend erwachsener Bewohner der Erde überhaupt nichts von der Entdeckung wußten.

Bei der Wahl des Präsidenten der Weltrepublik wurde ein heftiger Kampf zwischen dem Dichter des schönsten Liebesliedes und dem Baker, der die Brotherstellung vervollkommen hat, ausgetragen.

Die Bogenzahl, die ein Schriftsteller innerhalb zehn Jahren drucken und herausgeben darf, wurde vom Parlament auf 24 festgelegt.

Bei der Wahl des Präsidenten der Weltrepublik wurde ein heftiger Kampf zwischen dem Dichter des schönsten Liebesliedes und dem Baker, der die Brotherstellung vervollkommen hat, ausgetragen.

Dem aus der Dynamizität des Menschengeschlechts herrührenden Nobelpreis, der zur Warnung bis in unsere Tage sich erhalten hat, versiel diesmal ein Tributant, dem nachgewiesen wurde, daß er heimlich eine Waffe, wie sie in jener Zeit hergestellt wurde, zu konstruieren versucht habe.

Nachdem nunmehr die Erfindung geklärt ist, die im Schlaf geleierte Phantastarbeit unmittelbar automatisch in Wirklichkeiten aufzuehen, ergeht an das gesamte Publikum die dringende Mahnung, bei den Träumen die äußerste Vorsicht und Besonnenheit walten zu lassen.

Aus alten Quellen erfährt man von drei schrecklichen Seuchen: Hunger, Wohnungsnot und Arbeitsqual. Welcher Art diese Krankheiten gewesen sind, was die Krankheitserreger waren, hat sich bisher allen Bemühungen der Forschungen entzogen.

Ein neuer Rekord. Der gestern neu entdeckte Satz philosophischer Staatspolitik wurde innerhalb 12 Stunden von der gesamten Menschheit...

Max Dortu.

Die Gewerkschaften in der Abwehr gegen den Zoll.

Die letzte Bundesversammlung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes befachte sich mit der Schutzollvorlage der Regierung. In der Diskussion kam die entscheidende Ablehnung der Regierungsvorlage durch die Zentralvorstände scharf zum Ausdruck. Sie fand in der nachfolgenden Entscheidung ihren Niederschlag:

Der Bundesauschuß des ADGB billigt die Haltung seiner Vertreter im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die in ihrer Stellungnahme zu einem Zolltarif für den Abschluß von Handelsverträgen befreit waren, den Massenverbrauch in Deutschland nicht zu belassen und dem zollfreien Warenaustausch unter den Völkern die Wege zu ebnen. Wo sie bei den Abstimmungen in der Minderheit blieben, haben sie ihren Standpunkt durch ausführliche Erklärungen begründet.

Die nunmehr veröffentlichte kleine Zollvorlage der Regierung steht im Widerspruch zu dem Standpunkt, der von den Vertretern der freien Gewerkschaften im Zollauschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats vertreten worden ist. Sie ist unveränderlich mit dem Lebensinteresse der großen Volksmassen, sie steht nicht nur bei einer großen Anzahl industrieller Positionen — Eisenwaren, Holzwaren, Textilien — über die vom Zollauschuß in seinen Gutachten an die Regierung vorgeschlagenen Zollsätze weit hinaus, sie steht auch ungenügend hoch, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft unmittelbar belastende Agrarzölle vor, Zölle auf Vieh, Fleisch und Mehl, besonders aber die Vorkriegszölle auf Brotgetreide als Mindestsätze.

Diese Zollvorlage, zum Gesetz erhoben, würde in ihren Auswirkungen zu einer unerträglichen Lebensvertenerung der Arbeiterschaft, in weiterer Folge zur Verminderung der Kaufkraft des deutschen Volkes, zur Verhinderung eines aufnahmefähigen Inlandsmarktes, zur Beeinträchtigung der Exportfähigkeit Deutschlands führen.

Zudem hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände an Regierung und Arbeitsministerium das eindringliche Ersuchen gerichtet, dem Drängen der Arbeiterschaft nach einem Ausgleich ihrer Lebensvertenerung mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Der Auschuß des ADGB erhebt hiermit schärfsten Einspruch gegen eine Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Schutzölle die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verteuert, auf der anderen Seite einen Ausgleich in Form von Lohnerhöhungen ablehnen möchte.

Er fordert insbesondere Zollfreiheit für alle industriellen Rohstoffe, Halbzeuge und notwendigen Bedarfsgegenstände, ferner für Brotgetreide und alle wichtigen Lebensmittel, besonders Mehl und Kartoffeln, Schlagvieh und Fleisch und für alle notwendigen Futtermittel. Er richtet an Regierung, Reichsrat und Reichstag das dringliche Ersuchen, die Zollvorlage in diesem Sinne umzugestalten und weiterhin Vorzüge zu treffen, daß in den Handelsverträgen nicht Industriezölle festgesetzt werden, die zur Vertenerung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung führen. Der Aufbau der

Wirtschaft in Deutschland erfordert gebieterisch eine Wirtschaftspolitik, die das höchste Gut des deutschen Volkes, die Arbeitskraft, schützt und stärkt.

Die Zentralvorstände haben sich im Geiste dieser Entscheidung einmütig bereit erklärt, sich an der planmäßigen Abwehraktion gegen die schutzollnerischen Bestrebungen von Regierung, Industrie und Landwirtschaft nachdrücklich zu beteiligen und für diese Zwecke 10 Pfennig pro Mitglied, insgesamt 750 000 Mark, zu bewilligen.

Die Zoll-Lawine.

Das Echo der Schutzoll-Lawine, die die Weltwirtschaft zu zerschüttern droht und immer mehr Länder ergreift, die glauben, man könne sich von der Welt abschneiden, ohne von ihr abgeschnitten zu werden, widerhallt in ganz Europa. Die ersten, die unter diesem wirtschaftlichen Selbstmord-Wettbewerb zu leiden und das Lehrgeld für eine Erfahrung zu zahlen haben, die sich eigentlich bei unserem Wissen über diese Materie erübrigen sollte, sind die Arbeiter als größte Konsumenten. Dies zeigt sich besonders deutlich, wenn man die Zollbelastung für Produkte vergleicht, die im Leben der großen Massen eine hervorragende Rolle spielen. So beziffert sich z. B. den statistischen Angaben des „Berliner Tageblatts“ zufolge die Zollbelastung in Prozenten der jetzigen Durchschnittspreise (Zollsätze umgerechnet auf Dollar für 100 kg.) amerikanischen Getreides für Weizen, Roggen und Hafer wie folgt: Weizen: Deutschland, ab August 1928, nach Einführung der neuen Schutzollsätze 20,59 Prozent, Italien 22,70, Schweden 15,57, Frankreich 11,32, Belgien 5,98, Schweiz 1,89 und Vereinigte Staaten 24,21 Prozent; Roggen: Deutschland 23,24, Italien 17, Schweden 19,33, Frankreich 6,5, Belgien 7,42, Schweiz 2,34, Vereinigte Staaten 10,93 Prozent; Hafer: Deutschland 30,83, Italien 19,99, Frankreich 8,03, Belgien 25,91, Schweiz 3,11, Vereinigte Staaten 26,68. Auf Grund der neuen Zollsätze wird Deutschland z. B. für Roggen und Hafer die höchsten Einfuhrzölle haben, trotzdem sein Haferbedarf bis auf 0,3 Prozent und der Roggenbedarf auf 10 Prozent durch Inlandsproduktion gedeckt ist.

Auch um die internationale Wollindustrie gibt es eine gewaltige Zollmauer. Die Sätze für Halb- und Fertigfabrikate, die durch Umrechnung auf deutsche Reichsmark pro 100 kg. vergleichbar gemacht sind, geben folgendes Bild für Stoffe: Deutschland (neuer Tarif) 13,82 Prozent, Belgien 5,3—15,9, Frankreich 3,9—15,7, Italien 9,89, Vereinigte Staaten 62,48 Prozent. Diese Zölle, die für den Eingeweihten nicht überraschend sind, vermögen weiteren Kreisen einen besonders klaren Begriff davon zu geben, in welchem Maße heute die industriellen Fertigfabrikate für den Konsumenten verteuert werden, und wie stark die Wucht dieser Zoll-Lawine bereits ist, die notwendigerweise immer mehr Länder in ihren Bann zwingen muß. Bei dieser Entwicklung wird es ohne Zweifel so weit kommen, daß über kurz oder lang die heute manchem noch unglaubliche Einführung englischer Schutzölle doch noch zur Tatsache werden wird.

Aus der Praxis des Arbeitsrechts.

Ein Reinfall der Verwaltung der Rheinpreußenschächte. 50 000 Mark Nachzahlung von Lohngebern.

Seit ungefähr einem dreiviertel Jahr spielte auf den Rheinpreußenschächten die Arbeitszeit und Entlohnung der Tagesarbeiter eine erhebliche Rolle. Alle Verhandlungen mit der Verwaltung scheiterten. Der Betriebsrat in Verbindung mit unserer Geschäftsstelle in Wörz war deshalb gezwungen, sein Recht bei der zu diesem Zweck beim Oberbergamt errichteten Schiedsstelle zu suchen. Die Tagesarbeiter obiger Schachtanlagen hatten vor und während des Krieges eine Arbeitszeit von 8 Stunden, diese wurde aber dann durch Maßnahmen der Verwaltung auf 9 Stunden heraufgesetzt. Auf Grund des Schiedsspruches vom 16./27. Mai 1924 beanspruchten die Tagesarbeiter die Wiedereinführung der Achtstundenschicht. Diese lehnte die Verwaltung ab. Einer daraufhin von der Organisation angestrenzten Klage bei der Schiedsstelle in Dortmund, die elgens zu diesem Zweck errichtet war, wurde stattgegeben und der Besche aufgegeben, die Arbeitszeit, wie sie vor und während des Krieges dort war, wieder einzuführen. Diesem kam die Verwaltung nach, indem sie die Arbeitszeit von 8 Stunden einführte, aber nur einen Lohn von „/ pro Schicht zahlte. Eine Nachzahlung dieser zu unrecht abgehaltenen Neuntelschicht lehnte die Verwaltung ab und eine daraufhin beim Berggewerbeverband angestrenzte Klage wurde wegen Unzuständigkeit abgewiesen. Daraufhin sah der Verband sich verpflichtet, erneut bei der Schiedsstelle in Dortmund vorstelleig zu werden. Die Schiedsstelle unter dem Vorsitz des Oberbergamts Dr. Weise und den Beisitzern Bergassessor Springorum und Kamerad Schüttrigkeit fällt u. a. folgenden Spruch:

„Die Schiedsstelle stellt zu dieser Streitfrage fest, daß die für zwingend verbindlich erklärte Regelung gleiches Recht für beide Teile, also sowohl den Arbeitgeber wie den Arbeitnehmer schafft. Mit ihm hat ein Arbeitnehmer nicht das Recht, eine kürzere Arbeits- oder Schichtzeit zu verlangen, als die Regelung vorsieht. Demgegenüber hat aber auch der Arbeitgeber nicht das Recht, eine kürzere Schicht- bzw. Arbeitszeit unter entsprechender Kürzung des Tariflohnes einzuführen.“

Auf Grund dieses Schiedsspruches war also die Rechtslage geklärt und die Verwaltung verpflichtet, den zu unrecht abgehaltenen Lohn von einer Neuntelschicht für die ganze Zeit nachzuzahlen. Diesem ist dann auch die Verwaltung nachgekommen und sind auf einzelnen Werken für Vollarbeiter Beträge von 150 bis 200 Mark nachgezahlt worden. Auf sämtlichen Schachtanlagen der Rheinpreußenschächte betrug die Summe 50 000 Mark, welche die Verwaltung verpflichtet war nachzuzahlen. Dies ist ein Erfolg des tatkräftigen Eingreifens des Bergarbeiterverbandes, denn darauf allein ist es zurückzuführen, daß den Kameraden der Lohn zu unrecht eingehaltene Lohn ausbezahlt werden muß. Möge dieses jedem Unorganisierten zu denken geben. Die Unternehmer würden auf keinen Fall wagen, wie oben geschildert, vorzugehen, wenn alle Arbeiter organisiert wären. Deshalb, Kameraden, fordert alle Unorganisierten auf, Mitglieder des Verbandes zu werden.

Die Unruhen in Shanghai.

Frühkapitalistische Elendsbilder.

Von J. W. Brown, Sekretär des IGB.

Ingeachtet der wachsenden Unruhen in Shanghai beginnt sich allmählich die ganze Welt über die Lage der Arbeiter in China Rechenschaft abzulegen. Shanghai ist einer der Vertragshäfen, was bedeutet, daß sich keine Gemeindebehörden zum größten Teil aus Vertretern des fremden Kapitals und Konsuln fremder Länder zusammensetzen, denen hier und da ein Chinese als Beirat zugeteilt wird. Die große Masse der chinesischen Bevölkerung hat kein Recht und keine Stimme. Das industrielle System ist ohne irgendwelchen Schutz der Arbeiter, wie er sich in den westlichen Ländern allmählich herausgebildet, eingeführt worden. Die Löhne belaufen sich auf etwa 16—30 Mk. pro Monat und stehen unter dem Existenzminimum. Arbeiterinnen verdienen 24—52 Pf. pro Tag. Besonders schlimm sind die Verhältnisse in den, hauptsächlich von britischen und japanischen Industriellen betriebenen Seidenzuchtwerken, in denen Kindern Löhne von 2 Mk. pro Monat bezahlt werden. Ihre Arbeitszeit beträgt bis zu 16 Stunden pro Tag und die Arbeit muß zum größten Teil sitzend verrichtet werden. Die Sterblichkeit unter diesen Kindern, die oft während der Arbeit vor Erschöpfung in Schlaf fallen, ist sehr groß. Von den in Shanghai beschäftigten 82 696 Fabrikarbeitern sind 13 062 weniger als 14 Jahre alt.

Es sind bis jetzt einige wenige Versuche gemacht worden, diesen unmöglichen Verhältnissen zu neuern. So wurde eine Fabrikverordnung aufgestellt, die jedoch later Buchstabe blieb. Im Jahre 1923 wurde ferner eine Kommission ernannt, die einen Bericht über die bestehenden Verhältnisse ablegte und vorzuschlug, die Kinderarbeit für Personen unter 10 Jahren und nach Ablauf einer Uebergangsperiode von vier Jahren, unter zwölf Jahren zu verbieten und einen Ruhetag pro 14 Tage für Kinder einzuführen. Diese Reformen sind äußerlich beschlossen, die Kommission glaubte jedoch, nicht weitergeben zu können, da sonst die Gefahr der Abwanderung der Industrie in die benachbarten chinesischen Provinzen zu befürchten sei, wo überhaupt keine Kontrolle stattfindet. Ueberdies ist die Regierung in Peking machtlos, da die Fabriken in Shanghai extraterritorial sind. Auf der Washingtoner Arbeitskonferenz wurde allerdings die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Prüfung der Frage der extraterritorialen Gebiete vorgeschlagen, die Bildung dieses Komitees erfolgte jedoch nicht und die Lage spitzte sich infolgedessen immer mehr zu. Seit vielen Monaten werden Streiks und industrielle Unruhen gemeldet und jene, die die Dinge aufmerksam verfolgten, haben, daß ein Ausbruch von Unruhen unvermeidlich war.

Die Ermordung eines chinesischen Arbeiters durch einen japanischen Botschafter löste bekanntlich den eigentlichen Konflikt aus. Es folgten eine Demonstration der Chinesen, ein bewaffneter Eingriff der Polizei und Zusammenstoß zwischen Fremden und Chinesen in Hankow, Kamion und anderen Städten. Bereits sind Hunderte von Arbeitern getötet worden. Die kapitalistische Presse gibt offen zu, daß es schwer halten wird, die Bewegung einzudämmen. Britische und japanische Kriegsschiffe liegen vor Anker und die Kapitalisten haben zu einem Mittel gegriffen, das sie gewöhnlich anwenden, wenn ihr Eigentum in Gefahr gerät, d. h. sie haben den Chinesen in Erwägung gegeben, in den demnachst stattfindenden Tarifkonferenzen betropolitische und wirtschaftliche Reformen zu unterbreiten. Da nun die Unruhen einmal ausgebrochen sind, wird auch die Einberufung einer Unterausschußkommission vorgeschlagen. Bis jetzt hat allerdings niemand von der Einsetzung einer Arbeiterunter- suchungskommission gesprochen, trotzdem wir glauben, daß unsere

chinesischen Kameraden eine solche Erhebung begrüßen würden, da auf diese Weise ihre Klagen wahrscheinlich eher Berücksichtigung fänden als bei irgendeiner anderen Kombination.

Abgesehen von den unmittelbaren wirtschaftlichen Ursachen spielt bei den gegenwärtigen Unruhen auch die pan-asiatische Bewegung eine Rolle, die an Macht gewonne hat, seit im russisch-japanischen Kriege bewiesen worden ist, daß die gelbe Rasse imstande ist, die Weißen zu schlagen. Der Weltkrieg brachte für diese Bewegung, die allmählich im ganzen fernen Osten festen Fuß faßt, einen erneuten Aufschwung. Noch in einer seiner letzten Reden hat Sun Yat Sen das Unvernünftige der Idee dargelegt, die Millionen des Ostens für die Gewinnjucht des Westens zu opfern.

Ein anderer Faktor, den wir bei der Einschätzung der Lage nicht vergessen dürfen, sind die Rivalitäten und die Eifersucht der verschiedenen Mächte im fernen Osten. Gerade in letzter Zeit fand eine bedeutungsvolle Umgruppierung der politischen Mächte im pazifischen Ozean statt. Großbritannien hat seine Allianz mit Japan aufgegeben und ist im Begriff, in Singapur eine große Flottenbasis zu bauen. Amerika bereitet den Bau einer Flottenbasis in Oahu auf Hawaii vor. Im vergangenen Jahre schloß Amerika die Grenzen für die Einwanderung von Japanern in einer Weise, die in Japan vielfach als beleidigend empfunden wurde. Noch heute sind die Gemüter in Japan darüber erregt. Unterdessen hat Japan zum Erlaunen der ganzen Welt einen Vertrag mit Rußland abgeschlossen. Amerika antwortete darauf, indem es seine Flotte zu Manövern vor den überfülltesten Ufern Japans entfernt befindet sich Australien mit seinen großen, dünnbevölkerten und arbeitsfähigen Gebieten. (Erreichte Weise sind sich auch unsere australischen Kameraden dieser Momente und der unmittelbaren Gefahren bewusst, was z. B. durch die Forderung bewiesen wird, daß die australischen Arbeiter die Organisierung einer pan-pazifischen Arbeitskonferenz planen.)

Es ist von großer Wichtigkeit, daß die internationale Arbeiterfront ihre Augen offen hält und sich der Gefahren eines neuen Weltkrieges bewußt bleibt.

Was die rein wirtschaftliche Seite der Frage betrifft, so kann gesagt werden, daß heute noch viele europäische Arbeiter nicht begriffen haben, daß Europa nur ein verschwindend kleiner Teil der Welt ist und die Welt nicht mehr allein beherrschen kann. Die Interessen der Arbeiter sind auf der ganzen Welt die gleichen: die Ausbeutung der chinesischen und japanischen Arbeiter wird auch die europäischen Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen. Die Kapitalisten haben vor Jahren mit der Einrichtung von Fabriken in China begonnen, weil sie dort billige Arbeitskräfte vorfanden und nicht durch Sozialgesetze beeinträchtigt wurden. Die Ausbeutung der Kinder in Shanghai kann den Weg zur Wiedereinführung der Kinderarbeit in Europa ebnen. Die europäischen Textilfabriken sind schon jetzt nur zeitweise beschäftigt, während in den Fabriken von Shanghai 15, 16 und 17 Stunden pro Tag gearbeitet wird. Kurz gesagt, stellt sich das Problem für den europäischen Arbeiter wie folgt: „Sollen sich seine Löhne und Arbeitsbedingungen denjenigen der östlichen Länder anpassen oder soll ein Versuch unternommen werden, die Lebensbedingungen der Arbeiter dieser Länder auf das europäische Niveau zu heben?“ Das Los der ganzen internationalen Bewegung steht auf dem Spiel.

Lohn und Arbeitszeit.

Der Siegeszug der Lagaarbeit im Bäckereigewerbe.

Die 7. Internationale Arbeitskonferenz hat mit 81 gegen 26 Stimmen die Konvention über die Arbeit in den Bäckereien angenommen. Mit der Annahme der Konvention hat eine wichtige Episode in dem Kampfe der Bäckerarbeiter gegen die fluchtwürdige Nachtarbeit ihren Abschluß gefunden.

Die in Genf beschlossene Konvention geht jetzt an die Regierungen aller Staaten, die der Internationalen Arbeitsorganisation angeschlossen sind. Diese haben sich über die Ratifizierung auszusprechen. Der Kampf der Bäckerarbeiter wird in Zukunft darauf gerichtet sein müssen, alle Kräfte zu mobilisieren, die für die Erwirkung der Ratifizierung in Betracht kommen.

Das Vorgehen der Gegner der Lagaarbeit war in Genf äußerst geschickt gewählt. Im Vorjahre wandten sich die Gegner gegen das Verbot der Nachtarbeit überhaupt. Diesmal trat das Prinzip in den Hintergrund. Dafür waren die Änderungsanträge so formuliert, daß die Annahme eines einzigen die ganze Konvention zum Scheitern gebracht hätte.

Verlangt wurde: 1. Die Zulassung der Nachtarbeit für den Meister, 2. die Einführung der dritten Schicht für die Großbetriebe und 3. die Verlegung des Beginnens der Arbeit auf 4 Uhr morgens.

Die Zulassung der Nachtarbeit für den Meister hätte jede Kontrolle über die Durchführung der Konvention zur Unmöglichkeit gemacht. Mit der Einführung der dritten Schicht wäre einem Teil der Bäckereien die Nachtarbeit erlaubt gewesen, dem anderen dagegen nicht. Der Zustand wäre auf die Dauer un haltbar gewesen. Schließlich war es der Konkurrenz der Unternehmer, der zu der Nachtarbeit im Bäckereigewerbe führte. Er hätte auch diesmal die Nachtarbeit auf der ganzen Linie wieder gebracht.

Die 7. Internationale Arbeitskonferenz lehnte mit 76 gegen 36 Stimmen die Zulassung der Nachtarbeit für den Meister ab. Die Forderung, Zulassung der dritten Schicht, erfuhr bei den Kommissionsberatungen bereits eine so deutliche Absfuhr, daß die Unternehmer den Versuch nicht mehr wagten, die Meinung der Konferenz zu erfahren.

Das Hauptgewicht des Kampfes legten die Gegner auf die Verwilligung des Vieruhrbeginnes. Die sachlichen Ausführungen der Arbeitervertreter brachten zum Schluß auch diese Forderung zu Fall. Mit 55 gegen 43 Stimmen lehnte die Konferenz den Vieruhrbeginn in der von den Gegnern gewählten Formulierung ab.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Steuern und Reichsfinanzen im Monat Mai.

Nach Anweis der Reichshauptkasse betragen die Reichseinnahmen im Monat Mai rund 618 Mill. Mk. und die Ausgaben 635 Mill. Es ergibt sich also ein Fehlbetrag von rund 17 Mill. Dieser Fehlbetrag ist nicht allzu tragisch zu nehmen, weil er durch gewisse Veränderungen in der Zahlungsweise der verschiedenen Steuern entstanden ist.

Dieses geht besonders aus den steigenden Einnahmen aus den Steuern hervor, die im neuen Steuerjahr genau wie im verfloffenen den Vorausschlag bei weitem übersteigen. Das Gesamtaufkommen an Steuern und Zöllen im Monat Mai stellt sich auf 610,9 Mill. und unterscheidet sich wenig von den ergebnisreichen Steuermönten im Jahre 1924/25. Die Einkommensteuer erbrachte rund 1 Mill. Mk., z. B. 100 Mill. Mk. mehr als im Etat vorgeesehen war. Davon entfallen allein 136,9 Mill. Mk. auf die Lohnabzugssteuer gegenüber 126 Mill. Mk. im Vorjahr. Auch die Umsatzsteuer bleibt mit 116 Mill. Mk. über dem Vorausschlag. Die Entwicklung im Monat Mai beweist wiederum, daß der Lohnabzug und die Umsatzsteuer durchaus überparant sind. Sie bedürfen einer radikalen Verminderung.

In dem Steueranweis des Reichsfinanzministeriums wird die Aufwandssteuer mit 2,75 Mill. Mk. angegeben. Erwartet wurden nur rund 660 000 Mk. Die Umsätze der Dividendenbesitzer scheinen demnach ganz prächtig zu blühen.

Fragen der Arbeiterversicherung. Ein neuer Ruhrskandal.

Sie haben sich entlarvt.

Ein Nachwort des Zeichenverbandsvorsitzenden.

In der vorigen Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ berichteten wir über die Bemühungen unserer Vertreter in der Ruhrknappschaft, die Familienhilfe für die Kameraden auf dem Wege der Selbsthilfe zu erlangen. Wir hatten bekanntlich zu diesem Zwecke beim Vorstand der Ruhrknappschaft die Einberufung einer außerordentlichen Bezirksversammlung beantragt, die zu der Erhebung von Zusatzbeiträgen von den Versicherten für die Gewährung der Familienhilfe durch die Knappschaftskrankenkasse Stellung nehmen sollte. Zu nicht geringem Erstaunen der Versichertenvertreter zeigten die Familienhilfe abgebaut werden mußte, weil sonst der Bergbau unter der Last zusammenbrechen würde, wenig davon erbaut zu sein, daß die Bergarbeiter die Familienhilfe sich durch eigene Mittel verschaffen wollten. Wenn sie bisher immer nur wegen der Untragbarkeit der Lasten die Familienhilfe ablehnten, so hätte man annehmen müssen, daß sie eine Bewegung der Versicherten, die dahin ging, die Familienhilfe durch eigene Opfer zu erlangen, mit Freuden begrüßen würden. Das Gegenteil war aber der Fall. Wir schreiben in der vorigen Nummer:

„Würden sie (die Versicherten) die Versicherten hindern, den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten, so bekunden sie damit, daß nicht die untragbare Last der Verweigerung der Familienhilfe sie veranlaßt, sondern machtpolitischer Zynismus, der dahin strebt, die Bergarbeiter so zu verleiden, daß sie ein noch willensloseres Ausbeutungsobjekt abgeben, als das bisher der Fall war.“

Der die erschütternden Berichte der Gemeindefürsorge über die Notlage der Bergarbeiterfamilien gelesen hat und hören mußte, wie die Kranken Angehörigen der Bergarbeiter zu leiden haben, dem würde es als unmöglich erscheinen, daß die Versicherten die Versicherten hindern würden, den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. Das Unglaubliche ist aber dennoch eingetreten. Die Versicherten gaben am 18. Juni folgende Erklärung ab:

„Sicherem Vernehmen nach wird in etwa 8 Tagen der Entwurf einer Knappschaftsnovelle den Verbänden zur Begutachtung gehen. Zu dem Entwurf ist die gesetzliche Festlegung der Familienhilfe vorgesehen. In welchem Umfang sie durchgeführt werden soll, ist noch nicht bekannt. Unter diesen Umständen erscheint es nicht angezeigt, jetzt eine Regelung dieses Gegenstandes vorwegzunehmen, die unter Umständen einen ebenso langen Zeitraum in Anspruch nehmen würde, als die Verabschiedung des Gesetzes, wenn alle Beteiligten sich für eine Beschleunigung einsehen.“

Bei dieser Sachlage können die Versicherten der Einberufung einer außerordentlichen Bezirksversammlung nicht zustimmen.“

In der Antwort reden sie also nicht mehr von der Untragbarkeit der Lasten, sondern nur davon, daß die Novelle zur Veränderung des R.A.G. die Familienhilfe bringen würde. Der Unergründliche müßte annehmen, daß die Versicherten eigentlich bessere Kerle sind als die Versichertenvertreter, denn die letzteren haben ja die Familienhilfe nur von den Zusatzbeiträgen der Versicherten haben wollen, während für die Familienhilfe durch ein Gesetz auch die Werkbesteller Beiträge leisten müßten. Wer so denken sollte, der setze sich vor, daß er nicht zu arg enttäuscht wird. Der verborgene Pferdefuß wird noch früh genug zum Vorschein kommen. Es besteht hier nämlich die Pflicht, den Bergarbeitern anzurathen, das Erbschaftsrecht um ein Rindfleisch zu tauschen.

Geradezu lächerlich ist es, wenn in der Erklärung der Versicherten gesagt wird, daß auf dem Wege über die Novelle die Familienhilfe in dem gleichen Zeitraum gewährt werden könnte, wie durch den Beschluß einer außerordentlichen Bezirksversammlung. Wenn die Versicherten einer außerordentlichen Bezirksversammlung zugestimmt hätten, konnte die Familienhilfe bereits vom 1. Juli gewährt werden, während die Novelle kaum in der Sommertagung des Reichstags erledigt werden dürfte. Außerdem wird die Veränderung des R.A.G. nicht so glatt vor sich gehen, wie es die Unternehmer wünschen. Der Reichstag wird doch schließlich etwas anders als sie darüber denken.

In der Antwort suchen die Versicherten nur nach Ausflüchten, um ihre machtpolitischen Bestrebungen zu verdecken. Es erschien ihnen jedenfalls bedenklich, zu sagen: „Wir lehnen ab, weil es uns nicht paßt, daß die Bergarbeiter sich selbst helfen und von uns unabhängig werden, denn das geht gegen unsere machtpolitischen Bestrebungen.“ Einzelne Versicherten hatten übrigens Bedenken, die Forderung der Versichertenvertreter abzulehnen. Es mußte erst Herr Wislitzki auf dem Plan erscheinen und sein Nachwort als Vorsitzender des Zeichenverbandes sprechen, um die Ablehnung von den Versichertenvertretern zu erwirken.

Mag der Zeichenverband seine Machtpolitik nur so weiter treiben, er wird noch früh genug ihre Früchte einheimen. Die Bergarbeiter sind ungemein erbittert, daß man sie seitens des Zeichenverbandes daran hindert, sich selbst zu helfen. Unsere Vertreter in den Knappschaftsorganen geben ihre Bemühungen, die Familienhilfe auf dem Wege der Selbsthilfe zu erreichen, trotz der Ablehnung durch die Versicherten nicht auf.

Interpellation Hufemann und Genossen im Reichstag.

Zur Frage der Familienhilfe in der Reichsknappschaft wurde am 19. Juni im Reichstag folgende Interpellation der Kameraden Hufemann und Genossen eingebracht:

„Mit dem Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes ist die bis dahin bestandene Mehrleistung in der Krankenversicherung der Knappschaftskassen der Bergarbeiter entzogen worden, weil die Unternehmer durch diese Entziehung einen Druck auf die Bergarbeiter zum Nachgeben in Knappschaftsversicherungsfragen ausüben wollten.“

Vielfache Versuche der Vertreter des Bergarbeiterverbandes und der Versichertenvertreter im Knappschaftsvorstand, die Familienhilfe durch die Zahlung wieder zu erlangen, scheiterten, da man sich auch in den Regierungsstellen über den Ernst der Lage anscheinend nicht klar war. Wohl betonte die Aufsichtsbehörde, daß der Abbau der Familienhilfe aus gesundheitlichen Rücksichten für das deutsche Volk zu beklagen sei, aber sie hätten keine Handhaben, dem Uebelstand abzuhelfen. Bei dieser Stellungnahme der Aufsichtsbehörde sehen sich die Bergarbeiter gezwungen, durch Selbsthilfe diese notwendige Familienhilfe zu erreichen. Die Möglichkeit hierzu ist gegeben durch den § 89 des R.A.G., wonach auf Grund von Zusatzbeiträgen der Versicherten die Gewährung der Familienhilfe erfolgen kann.“

Die Notwendigkeit der Selbsthilfe ergibt sich aus dem erschreckenden Gesundheitszustand in den Bergarbeiterfamilien, wie er durch eine Reihe von ärztlichen Berichten bestätigt wird. Stadtkr. Dr. Schröder von Oberhausen sagt in einem Bericht, daß vielfach bei kleinen Kindern bei der Erkrankung an Malaria, Keuchhusten, Scharlach und Diphtherie ärztliche Hilfe verpätet oder überhaupt nicht geholt wurde und fährt fort:

„Da diese Infektionskrankheiten im Kindesalter als Schrittmacher der Tuberkulose anzusprechen sind, ist die Schädigung der Volksgesundheit größer als sie in der bloßen Zunahme oder in der Vermehrung der Todesfälle an den genannten Infektionskrankheiten zum Ausdruck kommen würde.“

Zu dem Bericht von zehn Fürsorgeärzten aus dem Bezirk Gladbeck heißt es:

„Selbst in schweren Krankheitsfällen suchten Familien sich selbst zu helfen, teils mit, teils ohne Rat der Nachbarschaft. Daher wurde viel für schnellere und ausgedehntere Verbreitung von ansteckenden Krankheiten, insbesondere von Tuberkulose. Erst im letzten Augenblick wurde Arzt geholt, der häufig genug, besonders bei Säuglingen und Kleinkindern, bei seinem Erscheinen nur mehr den Totenschein ausstellen konnte.“

Nach dem Bericht des Stadt-Medizinrats Dr. Hüttmann-Sterkade macht sich der Ausfall der ärztlichen Hilfe, insbesondere auf dem Gebiete der Tuberkulosefürsorge, bemerkbar:

„Häufiger denn je wurden Tuberkulose-Todesfälle angezeigt, bei denen überhaupt während des Krankheitsverlaufes der letzten Monate, sobald die Anzeichen der Erkrankung erkannt, ärztliche Behandlung nicht geleistet wurde.“

Der Gemeindefürsorge Dr. Schöttl-Langendreer gibt erschreckende Beispiele dafür, wie die Folgen der Einstellung der Familienhilfe sich in katastrophaler Weise bemerkbar machen.

Der Stadt- und Amtsarzt Dr. Paulstieg-Wattenscheid sagt in seinem Bericht:

„Häufig wird der Arzt nur zur Ausstellung des Totenscheines oder in ganz schweren Fällen geholt, ausgelegte Rezepte werden trotzdem in der Apotheke meist nicht vorgelegt, weil kein Geld zur Bezahlung vorhanden.“

Alle Ärzte stimmen darin überein, daß die schleunigste Wiedereinführung der Familienhilfe dringende Notwendigkeit sei. Trotz des unangelegentlichen Protestes sind aber die Unternehmer im Knappschaftsvorstand nicht willens, dem berechtigten Verlangen der Versichertenvertreter nachzukommen, dessen Durchführung die Unternehmer finanziell gar nicht belassen.“

Was bedeutet die Regierung zu tun, um den unbegründeten Widerstand der Unternehmervertreter im Knappschaftsvorstand zu brechen und ist insbesondere die Aufsichtsbehörde bereit, auf Grund der ihr zustehenden Rechte die Familienhilfe nach den Vorschlägen der Arbeitervertreter schleunigst anzuordnen?“

Wenn die Unternehmer und der Reichsarbeitsminister sich darauf berufen, daß die Frage der Familienfürsorge durch die in den nächsten Tagen zur Vorlage kommende Knappschaftsnovelle geregelt werde, so ist das völlig abwegig. Es ist ausgeschlossen, daß die Knappschaftsnovelle noch vor den großen Reichstagsferien erledigt werden kann. Das muß insbesondere der Herr Reichsarbeitsminister wissen, und wenn er bei seinem Standpunkt bleibt, übernimmt er persönlich eine ungeheure Verantwortung für die grauenhaftesten Gesundheitsverhältnisse in Hunderttausenden von Bergmannsfamilien.

Antrag zu Punkt 8 der Tagesordnung.

„Pensionskassenmitgliedern des R.A.G., die in früheren deutschen Knappschaftsbereinen Dienstjahre aufweisen können, in denen sie als unständige Mitglieder geführt wurden, werden diese unständigen Mitgliedszeiten ebenso als volle Dienstjahre nach dem R.A.G. angerechnet, wie die Zeiten der ständigen Mitgliedschaft.“

Dieser Antrag fand nicht die Zustimmung der Unternehmer. Sie waren der Auffassung, daß die Frage in den Sondervorschriften zu regeln ist.

Antrag zu Punkt 9 der Tagesordnung.

„Pensionskassenmitgliedern des Reichsknappschaftsbereins, die in Anwartschaften in früheren deutschen Knappschaftsbereinen vor dem 1. Januar 1924 verloren haben, leben die verlorenen Anwartschaften nach den Bestimmungen des § 45 des R.A.G. wieder auf.“

Die Versichertenvertreter waren der Ansicht, daß die verlorenen Dienstjahre nach § 48 des R.A.G. aufleben müssen. Da aber die Verwaltungen den § 48 anders auslegten, haben sie unabhängig davon, daß auf dem Rechtswege eine Klärung erstrebt wird, den Antrag eingebracht. Die Versichertenvertreter lehnten ihn in der Form ab. Es soll aber den Bezirksknappschaftsbereinen mitgeteilt werden, daß sie durch Beschluß des Bezirksvorstandes vor 1928 verlorene Anwartschaften wieder verlieren können. Die Ruhrknappschaft verfährt bereits so. Die Anwartschaften, die nach dem 1. Januar 1908 verloren gegangen sind, leben nach der Auslegung der Verwaltung der Ruhrknappschaft nach § 45 wieder auf.

Antrag zu Punkt 10 der Tagesordnung.

„Mitgliedern des Reichsknappschaftsbereins, die in den Knappschaftsbereinen des Saarreviers Dienstjahre haben, wird bei Gewährung der Pension nach dem R.A.G. für die Dienstjahre in Knappschaftsbereinen des Saarreviers vom R.A.G. der Unterschiedsbetrag gezahlt, der zwischen Rente für die Dienstjahre aus dem Saarrevier und der wirklichen Rente im Falle der jährlichen Dienstjahre beim Reichsknappschaftsberein erdient wären, besteht.“

Mitglieder des R.A.G., welche die Rente nach § 26 des R.A.G. beantragen und in Knappschaftsbereinen des Saarreviers Dienstjahre aufzuweisen haben, erhalten im Falle der Weigerung der Knappschaftsbereine des Saarreviers, den Anteil der Rente für ihre Dienstjahre zu zahlen, nach § 26 des R.A.G., den Betrag der Rente für ihre Dienstjahre zu zahlen.“

Die Zahlung des Unterschiedsbetrages und die Verklärung der Dienstjahre erfolgt nur für die Mitglieder des R.A.G., die vor dem 1. Januar 1924 aus dem Saarrevier ausgewandert sind.“

Die Versichertenvertreter versagten dem Antrage die Zustimmung mit der Begründung, daß keine gesetzliche Grundlage dafür bestünde.

Antrag zu Punkt 11 der Tagesordnung.

„Der Antrag bezüglich der Saarbrüder findet sinngemäße Anwendung auf die Mitglieder des R.A.G., die im früheren Oberschlesischen Knappschaftsberein Dienstjahre erworben haben und am 1. Januar 1924 Mitglied eines deutschen Knappschaftsbereins gewesen sind.“

Auch dieser Antrag fand bei den Versichertenvertretern keine Annahme. Er wurde zurückgestellt, bis die Verhandlungen mit Polen abgeschlossen sein werden.

Von der Hannoverischen Knappschaft lag ein Antrag auf Verzicht der Einziehung des Kostenanteils von 10 Prozent für die Arznei von den Versicherten der Krankenkasse vor. Die Versichertenvertreter glaubten, dem Antrage nicht zustimmen zu können, weil die Vorschrift über die Zahlung der 10 Prozent eine Maßvorschrift ist, die von den Krankenkassen zu beachten ist. Daraufhin schlugen die Versichertenvertreter vor, daß der Reichsknappschaftsberein den Reichsarbeitsminister ersuchen sollte, diese Vorschrift zu beseitigen. Dem widersprachen die Versichertenvertreter. Die Versichertenvertreter sind sich schließlich geworden, den Reichsarbeitsminister allein bezuziehen. Vom Vorstande wurde beschlossen, daß in den Fällen, wie sie der Reichsausschuß für Ärzte und Krankenkassen festgestellt hat, auch in der Reichsknappschaft Ausnahmen gemacht werden können.

Die Annahme des Arztvertrages der Haller Knappschaft, über den mehrmals verhandelt wurde, stand erneut auf der Tagesordnung. Die Versichertenvertreter stimmten dem Vertrage unter dem Vorbehalt zu, daß die Sätze, die den Ärzten gewährt werden, solange die Familienhilfe nicht besteht, gemindert werden. Die Vertreter unseres Verbandes behielten sich ihre Entscheidung bis zum 1. Juli vor. Sie werden nämlich am 21. Juni in Magdeburg in der Reichsknappschaftskonferenz des Verbandes hierzu Stellung nehmen. Der Haller Knappschaft sind die Genehmigung zur Errichtung eines fachärztlichen Krankenhauses in Hohenmölsen erteilt und die erforderlichen Mittel bewilligt worden.

Die Dienstordnung für Knappschaftsangehörige, die mit den Organisationen der Angestellten vereinbart wurde, fand Annahme durch den Vorstand. Endlich ist auch der Rahmenvertrag für die Vertrauensmänner der Versicherten in den Bezirksknappschaftsbereinen zustande gekommen.

Bei der Wahl des Vorsitzenden in der Ruhrknappschaft mußte auch der Vorstand des R.A.G. sich beschäftigen. Als in der Ruhrknappschaft die Wahl nicht zustande kam, riefen die Versichertenvertreter die Entscheidung des Reichsarbeitsministers an, der aber nicht entschied, sondern mittelte, daß erst der Vorstand des R.A.G. darüber zu entscheiden hätte. Bei der Abstimmung über den Vorhaben erhielt Generaldirektor Wiskott 12 und Kamerad Viktor ebenfalls 12 Stimmen. Die Abstimmung war also wieder negativ. Nach der Wahl haben beide Seiten die Entscheidung des Reichsarbeitsministers angeufen.

Von der Sächsischen Knappschaft wurde die Entscheidung des Vorstandes über die Art der Berechnung des Dauerdurchschnittslohnes, nach welchem die Renten sich richten, gewünscht. Der Vorstand überließ jedoch die Entscheidung dem Ausschuß zur Berechnung des Dauerdurchschnittslohnes, der Ende des Monats zusammentreten wird.

Einer der wichtigsten Anträge, über die zu beschließen war, ist der Antrag der Versichertenvertreter gemein, die in allen Bezirksknappschaftsbereinen — mit Ausnahme der Süddeutschen Knappschaft — die Einberufung einer außerordentlichen Bezirksversammlung forderte, damit zu der Frage der Familienhilfe nach § 89 des R.A.G. Stellung genommen werden kann. In der Sitzung selbst wollten die Versichertenvertreter ihre Haltung hierzu nicht darlegen, da sie hernach im größeren Kreise darüber beraten wollten. Das Ergebnis der Aussprache wollte man am nächsten Tage dem Kameraden Viktor mitteilen. Falls die Versichertenvertreter das Verlangen auf Einberufung der außerordentlichen Bezirksversammlung ablehnen, werden die Versicherten nach der zweiten schriftlichen Abstimmung darüber die Entscheidung des Reichsarbeitsministers einholen.

Das Reichsversicherungsamt 1924.

Das Reichsversicherungsamt erstattet neben seinen Geschäftsberichten für das Jahr 1924. Dem Amt untersteht nunmehr in der Rechtsprechung die gesamte Sozialversicherung sowie die Reichsverföhrung der Kriegssopfer in der besonderen Abteilung Reichsverföhrungsgericht. Aus der Unfallversicherung ist hervorzuheben, daß 67 gewerbliche und 45 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften vorhanden waren, ferner 497 Ausführungsbehörden des Reiches, der Länder und Gemeinden. Im Gewerbe waren 731 055 Betriebe mit 9 376 049 Versicherten vorhanden, bei den Landwirtschaftsbehörden weitere 932 000 Versicherte, so daß rund 24,5 Millionen Versicherte zu zählen sind. Die Entschädigungen haben 112 Mill. Mk. betragen gegen 173 Mill. Mk. in 1915, so daß die zum Nachteil der Verletzten stark gekürzten Renten die Industrie sicher nicht zu sehr belastet haben. Der Betriebschutz wird bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften von 366 technischen Aufsichtsbearbeitern in den Berufsgenossenschaften von weiteren 102 Beamten, zusammen also von 468 Personen wahrgenommen. In der Landwirtschaft mit der sechsfachen Zahl von Betrieben und fast doppelt so viel Versicherten sind nur 80 Aufsichtsbeamte tätig.

In der Rechtsprechung des R.V.-Amts waren aus der Unfallversicherung 2033 Rekurse gegen 1736 pro 1923 zu bearbeiten, wovon rund 80 Proz. gewerbliche Unfälle betreffen. Von den Rekurssen der Versicherten wurden 8,5 Proz. (1923: 23,3 Proz.) ganz oder teilweise abgeändert, d. h. zugunsten der Kläger entschieden, von denen der Berufsgenossenschaft aber 36,9 Proz. Dem R.V.-Amt lagen auch 136 Beschwerden aus dem Dienstverhältnis der Berufsgenossenschaftlichen angestellten vor, wovon 81 erledigt wurden. Der Bericht hebt nebenbei hervor, daß die Beilegung des Einspruchs im Feststellungsverfahren zwar eine wesentliche Vereinfachung des Verfahrens und damit eine schnellere Erledigung der Ansprüche zur Folge hatte, daß aber die Zahl der Berufungen vermehrt und damit auch eine Steigerung der Rekurse, ungeachtet weiterer Beschränkung der Anfechtbarkeit der Entscheidungen der Oberversicherungsämter, festzustellen war.

In der Invalidenversicherung liefen am 31. Dezember 1924 bei sämtlichen Landesversicherungsanstalten 2054 501, bei den 6 Sonderanstalten insgesamt 210 197 Renten. Die Beträge hierfür beliefen sich auf 335 651 000 Reichsmark bei der Post, direkt bezahlt 12 700 000 Reichsmark, somit rund 348 Mill. Mk. nebst 27 396 200 Mk. für Heilverfahren. Die Einnahmen aus Beiträgen betrugen rund 360 237 000 Mk.

Die Rechtsprechung hatte sich mit 1714 Revisionen (1926 von 1396 von Revisionsarten, 318 von den Landesversicherungsanstalten) zu befassen. Mit den vom Vorjahr übernommenen wurden 1265 Revisionen erledigt, davon 740 durch Zurückweisung. Erfolgreich für die Versicherten waren 9, für die V.M. 33 Revisionen. In der mündlichen Verhandlung waren die Versicherten in 46 Fällen durch Arbeitersekretäre vertreten.

Die Krankenversicherung ist dem R.V.-Amt nicht hinsichtlich der Statistik unterstellt, sondern nur in der Aufsicht und Rechtsprechung. Der sogenannte Beschlußdienst hatte in Aufsichtssachen 67 Beschwerden zu entscheiden, weitere 30 wurden außerhalb der Sitzungen erledigt. In Spruchsachen lagen 43 Revisionen der Versicherten und 23 der Krankenkassen vor, mit den unerledigten des Vorjahres zusammen 93. Zurückgewiesen wurden 23 Revisionen, erfolgreich für Versicherte waren 2 für Kapital 6 Revisionen, in 10 Fällen erfolgte die Zurückweisung an eine Vorinstanz (14 der Versicherten, 1 der Kasse).

In der Verwaltung der Unfallversicherung ist das

Vorstandsitzung der Reichsknappschaft.

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung der Reichsknappschaft, die am 11. Juni in Bochum stattfand, war sehr reichhaltig. Neben sonstigen wichtigen Fragen, die zur Verhandlung standen, haben die Versichertenvertreter wichtige Fragen in mehreren Vorträgen behandelt. Ein Antrag auf Verabschiedung der Anerkennungsgeldgebühr von monatlich 50 Pf. auf 1 Mk. jährlich ist vom Vorstand abgelehnt worden.

Von der Niederrheinischen, der Nachener, der Hannoverischen und der Siegerländer Knappschaft lag ein Antrag auf Genehmigung der Krankenkassenbeiträge vor. Während die Anträge der ersten drei Knappschaften genehmigt wurden, ist dem Antrage der Siegerländer Knappschaft die Genehmigung verweigert worden, weil die Siegerländer Knappschaft in der Krankenkasse erhebliche Rücklagen hat, hinsichtlich der Pensionen aber zu den notleidenden Reichsknappschaftsbereinen zählt. Ihr soll aufgegeben werden, in der Krankenkasse auf die Rücklage zurückzugreifen und dafür in der Pensionskasse den Beitrag zu erhöhen.

Da bei schriftlichen Abstimmungen des Vorstandes sich Zweifel erzeigten, von welchem Tage ab die Frist zu laufen beginnt, in der man nach der zweiten Abstimmung die Entscheidung des Reichsarbeitsministers anrufen kann, beschloß der Vorstand, keine Geschäftsordnung dahin zu ergänzen, daß die Frist vom Tage nach der Datierung des Schreibens, im welchem seitens der Verwaltung das Ergebnis der schriftlichen Abstimmung den Beteiligten mitgeteilt wird, beginnt.

Ein Antrag, die Krankenkasse Oberweilerwald in Großseifen als besondere Krankenkasse gemäß § 13 des R.A.G. zuzulassen, ist von den Versichertenvertretern abgelehnt worden. Die Dienstverhältnisse der Niederrheinischen Knappschaft für die Arbeiter- und Angestelltenältesten sind die Genehmigung des Vorstandes. Da Zweifel über das Verhältnis der Reichsknappschaftsbereine zum R.A.G. bestanden, hat der Vorstand die Rechtslage in einer besonderen Ausarbeitung schriftlich niederlegen lassen. Wir werden die Stellungnahme des Vorstandes in einer der nächsten Nummern unserer Zeitung ausführlich veröffentlichen. Die Vertreter unseres Verbandes, denen sich die übrigen Versichertenvertreter anschließen, haben eine Reihe wichtiger Anträge gestellt und schriftlich begündet. Zum besseren Verständnis der Kameraden lassen wir die Anträge folgen:

fachen zu entscheiden sowie 207 Revisionen erhoben (158 Revisionen von Verletzten). Entschieden wurden 104, davon 86 durch Urteil, und zwar durch Zurückweisung 61, durch Verweisung an eine Vorinstanz 22 Revisionen.

Die Knappschaftsversicherung unterliegt dem RVM. auch nur in der Rechtsprechung. Die 207 Revisionen des Jahres 1921 waren von Verletzten in 174 Fällen, von den Knappschaftsvereinen in 33 Fällen erhoben. Auf die Invalidenversicherung bezogen sich 89 Revisionen, 5 auf Angelegenheiten, 17 auf Krankenversicherung und weitere 95 auf Invalidenversicherung. Erledigt wurden durch Zurückweisung des Rechtsmittels 85 Revisionen (81 der Verletzten und 4 der Vereine), 32 durch Verweisung an die Vorinstanzen (20 der Verletzten und 12 der Verletzten), nur 6 Revisionen waren unmittelbar erfolgreich (4 Verletzte und 2 der Verletzten). Zahlreiche Fälle wurden durch Verbands- oder Arbeiterssekretäre vertreten.

Die Summe aller beim RVM. eingegangenen Beschwerden, Revisionen, Anträge usw. betrug 8582, der unerledigten vom Vorjahre 1635, zusammen 10217. Davon wurden erledigt 7800, blieben unerledigt 2417.

**Am die Familienbeihilfe der Knappschaftskrankenkasse.
Eine Entschlebung der Knappschaftsämter und Funktionäre des Bundeskongresses.**

Das im Jahre 1923 beschlossene Reichsknappschaftsgesetz machte eine Neuorganisation des gesamten Knappschaftswesens notwendig. Diese Notwendigkeit benutzten die Unternehmer, um die im Gesetz enthaltenen, für die Bergarbeiter günstigen Bestimmungen wirkungslos zu machen.

Das schäblichste Mittel, das sie anwandten, war die Beseitigung der Familienhilfe. Damit wurden nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch die Gemeinden schwer geschädigt. Der Kampf der Unternehmer gegen das R.G. ist, von der Regierung leider unterstützt worden.

Jetzt glaubt man, durch die Auswirkungen der Sabotagemittel die Bergarbeiter für die Abänderung des R.G. gefügig gemacht zu haben und hat eine Novelle eingebracht, durch die man die Pension herabsenken und über diesen Weg die Familienhilfe einführen will.

Zu dieser Novelle hat eine vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands am 11. Juni nach Alsdorf folgende Resolution und Funktionärskonferenz Stellung genommen und folgende Entschliebung gefasst:

„Die Konferenz scheidet in der Vorenthaltung der Familienhilfe eine schwere Schädigung der Bergarbeiter. Scheunartige Einführung der Familienhilfe ist das Gebot der Stunde. Sie darf aber nicht über den Weg der Kürzung der Pensionen eingeführt werden. Die sogenannten Alterspensionen betragen bei Vollendung des 50. Lebensjahres 25 Dienstjahre usw. 40 Prozent des Hauerlohnes, was in der Nachener Knappschaft zurzeit dem Betrage von 67,50 Mk. entspricht. Das ist eine Pension, von der eine Person nicht besonders gut leben kann. Dazu kommt, daß das Durchschnittsalter der Bergarbeiter nur 43 Jahre beträgt.“

Die Konferenz beauftragt daher den Bergarbeiterverband, die Vorstandsämter und die Generalversammlungsbelegierten, für die schleunigste Durchführung der Familienhilfe Sorge zu tragen. Da die Arbeitgeber auf ihrem absteigenden Standpunkt beharren, sind die Verletzten bereit, von dem § 89 des R.G. Gebrauch zu machen und die Kosten selbst aufzubringen.“

Aus dem Kreise der Kameraden.

Wahlergebnis zur Arbeitskammer für den Ruhrbergbau.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis zur Arbeitskammer für den Ruhrbergbau sind für die Gruppe der Arbeiter insgesamt 210 493 gültige Stimmzettel abgegeben worden. 1126 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt. Von den 210 493 gültigen Stimmen entfallen auf

Liste	Stimmen	Mitglieder	Stellvert.
Liste 1: Bergarbeiterverband	90 330	9	8
Liste 2: Christl. Gewerksverein	57 453	6	5
Liste 3: Union	51 022	5	5
Liste 4: Poln. Berufsvereinigung	5 139	—	1
Liste 5: S.-D. Gewerksverein	6 549	—	1

Für die Gruppe der Angestellten sind insgesamt 21 170 gültige Stimmzettel abgegeben worden. Von den 21 170 gültigen Stimmen sind entfallen auf

Liste	Stimmen	Mitglieder	Stellvert.
Liste 1: UFA-Bund	7313	4	5
Liste 2: Verband ab. Bergbeamten	3327	2	2
Liste 3: GDM.	1905	1	1
Liste 4: Verb. karm. Grubenbeamten	5579	3	4
Liste 5: Verb. d. Lehm-, Becken- u. Schmelzschmelz	1465	1	1
Liste 6: Reichsb. h. b. Bergbauangest.	1581	1	1

Der Verband marschiert auch diesmal wieder wie bei der Betriebsrätewahl an der Spitze. Das reaktionäre Verhalten der Unternehmer, besonders das des Betriebsleiters von Hesse Karoline in Garpen, der am Tage der Wahl bei Ansicht unserer Werbeplakate in schraubende Witze geriet und dieselben vom Zechenplatz entfernen ließ, hat nicht vermocht, den Verband zu zerstückeln. Stolz und Kühn geht er bei allen Wahlen im Bergbau führend voran. Dieses ist ein Beweis, daß der freigewerkschaftliche Gedanke unter den Bergarbeitern immer weiter festen Fuß faßt. Die Union, die im Jahre 1921 trotz erheblicher Stimmen, die auf sie entfielen, kein Mandat erhielt, weil sie eine ungültige Vorschlagsliste eingereicht hatte, bekommt diesmal auf Grund der auf sie entfallenden Stimmen 3 Vertreter. Diese werden jetzt bezeichnen müssen, was sie können. Hoffentlich trägt ihr Verhalten in den Sitzungen dazu bei, daß auch in der Arbeitskammer praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet werden kann.

Hannover, Braunschweig, Hesse, Lippe.

Das 25jährige Verbandsjubiläum

feiern die Bergarbeiter der Gesamtrevierkohlenwerke Obergärthchen am 22. und 23. Juni in den Salbader Felsen. Bis weit über die Schaumburger Grenze hinaus ruft dieses Jubiläum Interesse. Wir sagen lieber nicht zu viel, wenn wir behaupten, ein Solches Verbandsjubiläum verleiht sich kaum. Es ist darum angebracht, zu diesen Tagen einen gedankigen geschäftlichen Rückblick zu geben.

Bis zum Jahre 1900 hatte die dortige Bergarbeiterchaft (ca. 2000 Mann) keine freigewerkschaftliche Organisation, sondern einen sogenannten Kolnerverband. Wohl war also schon damals unter den Bergleuten das Bewußtsein vorhanden, daß ein Zusammengehörigkeit zur Bekämpfung ihrer Interessen notwendig sei, aber in den damals „tücklich-königlichen“ Bergleuten hatte sich die Erkenntnis noch nicht so weit vertieft, daß sie für den allgemeinen Entwurf anstrebten.

Erf die hiesige Revier (Löhne von 1 Mk. bis 2,10 Mk.) brachte im Jahre 1900 die Bergleute dahin, mit der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Kontakt zu nehmen. Eine Deputation entsandte sich dieser ihrer Aufgabe bedacht, daß sie sich mit dem Genossen Robert Weiner in Hannover in Verbindung setzte; dieser Genosse war es, der sofort mit einer Verammlung in Obergärthchen als Bahnbrecher für unseren Verband in die damalige Situation eintrat. Wie oft haben dem Untergrund unter allen Knappen mit leuchtenden Augen von dieser Kitzlerverammlung erzählt, was die gebildete Bergarbeiterchaft wie ein Mann anstrebt und erziehe um für die die Ausprägung des Genossen Weiner zu einer Bewegung zu werden.

Kalorienmäßig folgten dieser Verammlung andere mit Verbandsvertretern, so hat allem dem verstorbenen Kameraden Otto Hase, Fritz Gajewski u. a. und heutigen Verbandsmitglieder anderer Verbände und anderen, im ganzen Revier, nach der Erfolg war, daß fast sämtliche Kameraden dem Verbands beitreten. Es ist für uns noch heute erfreulich, daß nicht nur der Verband in Schaumburg-Lippe seit 1900 existiert, sondern daß noch so viele alte Knappen hier am Leben sind und sogar noch jung sind, die seit 1900 amnestischen Mitglied des Verbandes sind. Freilich sind auch in Laufe der Zeit viele brave Vorwärtler des Verbandes aus dem Jahre 1900 verstorben und die jetzige Generation wird sehr an ihren Verbandsgenossen mit Weisung und Ehrung heran gebildet, die die Säulen des Verbandes waren und nicht mehr unter ihnen stehen.

Es ist leicht erklärlich, daß der tücklich-schaumburgerischen und hiesig hiesigen Verbandsleitung der Scheitern in die Stunden sage, als ihre bis dahin vermeintlich neuen Knappen um mit einem Male wie ein Mann aufstehen und sich im Verbands zusammenschließen. Mit dieser hiesigen Knappen war bei der Einmütigkeit und Charakterhaftigkeit der dortigen Knappen nichts zu machen. Was verschäufte es in den folgenden Jahren mit dem christlichen Gewerksverein. In aller Stillschließung wurden die Bergarbeiter zu einer Verammlung nach Hies-

horten bestellt. Am Vorstandssitz saßen als Einberufer der Werksdirektor, der Landrat und der verlorene August Brust als Referent. Freilich war den Bergarbeitern von vornherein die Geschichte verächtlich vorgekommen. Sie hatten Otto Hue in letzter Minute erreichen können. Ergötzlich wirkt es, wenn die alten Kameraden als Teilnehmer an der Verammlung erzählen, wie unser Otto Hue den Herrschaften die Karten so mischte und verbar, daß August Brust vor Verzweiflung ausrief: „Was kann ich denn dafür? Mich geht die Sache nichts an, ich bin vom Herrn Landrat und der Werksdirektion nach hier gerufen worden!“ Otto Hue, gerufen von den Bergarbeitern, und August Brust, gerufen vom Landrat und der Werksdirektion, mit diesen zusammen in einer Verammlung, da kann man sich vorstellen, wer der Sieger war. Das ist auch der geschichtliche Grund, warum für den christlichen Gewerksverein nie ein Boden in Schaumburg-Lippe war. Noch einmal hat es der christliche Gewerksverein aus eigener Kraft in späteren Jahren in Obergärthchen mit Johann Eßfert in einer Knappenversammlung versucht; Fuß zu fassen, in der Kamerad Gärtnner vom Verband anwesend war. Das Resultat dieser Verammlung war, daß der Gewerksverein eine große Zahl „Bergknappen“ und eine Unmenge Gewerksvereinsmänner im Stich ließ. Der Verband machte in dieser Verammlung über 100 Neuaufnahmen und Effert wurde von den Knappens bedeutet, daß er nicht wiederzukommen brauche.

Diese Spanne Zeit von 25 Jahren ist natürlich nicht ganz ohne sogenannte Reibereien und kleine innere Reibungen abgegangen. Im Jahre 1905 drängte sich für dieses Gebiet allen Ernstes die Frage zur Diskussion, ob für Schaumburg-Lippe ein niedrigerer Beitrag zugelassen werden könne, als der damalige Verbandsbeitrag betrug. Der Schreiber dieser Zeilen gehörte zu den energischen Gegnern einer solchen Idee. Niedrige Beiträge mit niedrigem Lohn oder volle Beiträge zur Entfaltung höherer Löhne stand zur Debatte und Entscheidung. Die übergroße Mehrheit der Belegschaftsvertreter entschied sich für volle Beiträge und Kampf um höheren Lohn; damit war die Frage für die weitere Zeit erledigt. Heute kann man wohl sagen, daß selten ein Revier vorhanden ist, in welchem die beschlossenen Beiträge mit solcher Pünktlichkeit und Bereitwilligkeit gezahlt werden wie in Schaumburg-Lippe. Ja, wir können sagen, daß in einer Zeit, wo alle Reviere verpagten (Herbst 1923) die Kameraden von Schaumburg-Lippe mit ihrer Pünktlichkeit in der Beitragszahlung den Verband im Bezirk Hannover erhalten haben.

Der Verband hat selbstverständlich seine Aufgabe nicht darin erblickt, den Mitgliedern ihre Beiträge zu nehmen, sondern er hat sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeiterchaft wirtschaftlich und kulturell zu fördern wie überall. Im Jahre 1904 fand mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Schaumburg-Lippe die Generalversammlung in Stadthagen statt und 1905 wurde eine Bezirksleitung des Verbandes in Hannover errichtet. Konnte der Verband auch nicht alles erreichen, was wünschenswert war, so konnte er aber doch schrittweise das Los der gedrückten Arbeiterchaft bessern. Wie sind Schwierigkeiten und Erfolge von den dortigen Bergarbeitern ernstlich verkannt worden.

Im Jahre 1912 mußte sich diese fiskalische Arbeiterchaft wegen einer Forderung von 20 Pf. pro Schicht zu einem Streik entschließen, den die Arbeiterchaft wie auch die Verbandsleitung gern vermeiden wollten. Alles Bitten und Drängen, den Lohn um 20 Pf. zu erhöhen, half nichts. Der Hauerlohn betrug damals 4 Mk. Mit 1500 Unterschritten wandte sich die Bergarbeiterchaft in einer Denkschrift an den Landtag, aber alles nützte nichts, Werksleitung und Handelsministerium, ebenso Bergbehörden waren damals der Ansicht, dieses ewige Drängen um Lohnhöhung müßte aufhören, d. h. man wolle den Verband vernichten. Der Streik wurde ergebnislos abgebrochen werden. Wohl kam nach Abbruch die Lohnhöhung von 20 Pf., aber 309 Kameraden wurden vom Fiskus aus dem Fiskus geworfen. Sie mußten in anderen Verneuten Unterkommen suchen oder mußten Haus und Scholle verlassen und in anderen Reviere unterrichten, wo sie gern genommen wurden. Aber alle Diangale, alle Lodungen nützen nichts, um den Verband zurückzuführen. „Unseren Verband lassen wir uns nicht nehmen!“ So lautete immer wieder die Parole der Bergarbeiter.

So steht denn der Verband in Schaumburg-Lippe an seinem Jubiläumstage mit seinen 250 Mitgliedern trotz aller Jährnisse gefestigter denn je da. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Schaumburg-Lippe wird durch die Bergarbeiterbewegung wesentlich beeinflusst und gefördert. Die politische Bewegung hat schon durch die Bergarbeiterbewegung eine angemessene Förderung erfahren. Im Jahre 1912 war es, was zum ersten Male bei der Reichstagswahl kein Ort mehr vorhanden war, in dem keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben wurden. Wenn heute in Schaumburg-Lippe die Mehrheit der Bevölkerung nicht nur republikanisch, sondern sozialistisch denkt, so ist die Bergarbeiterbewegung sicherlich nicht ohne Einfluß darauf gewesen. Heute mag es keine Gegenmacht mehr, dem Bergarbeiterverband in Schaumburg-Lippe sein Devisenschild ernstlich zu befechten, wenn es auch noch kleine Gemeingüter gibt.

Die alten Kameraden werden immer früher am Tage der Feier mit Stolz und Begehren auf ihr Recht zurückblicken. Bitternisse, Not und Elend, welches mancher von den Alten noch heute durchlebt, werden bei diesem Rückblick auf das vollbrachte Werk lange nicht so schwer wiegen, werden gewildert werden durch das Bewußtsein, mit Opfern und Sorgen ein Volkwerk zum Wohle der gesamten Bergarbeiterchaft angebahnt zu haben. Die jüngere Generation mag am Tage der Feier nicht nur ein Fest feiern, sie möge sich nicht nur bewußt sein, daß sie im Verband ein Werk, eine Waffe gegen feindliche Mächte habe — nein, sie möge sich auch bewußt sein, daß dieses Werk mit Opfern und Mühen in 25 Jahren angebahnt werden mußte. Diese Opfer haben in unbeschätzbarem Maße die Alten von 1900 gebracht. Ehre und Achtung deshalb am Tage der Feier den Vorvätern der Arbeiterchaft! In diesem Sinne bringen Bezirksleitung, Bezirkskommission und jeder auch der Vorstand den Kameraden von Schaumburg-Lippe zu ihrer Jubiläumfeier ein freudiges Glückwüns mit der Mahnung: Vorwärts auf den bewährten Wegen dem Sieg entgegen!
Ray Gärtnner.

Oberbergamtsbezirk Dortmund. Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Die Krise im rheinisch-westfälischen Bergbau wird sich auf dem bergbauischen Arbeitsmarkt in immer stärkerer Form aus Biederum zeigen größere Entlassungen infolge Betriebsbeschränkungen. So meldet Gelsenkirchen zum 15. Juni 6- bis 700 und Wanne infolge Stilllegung einer Zeche zum 21. Juni 1090 zur Entlassung kommende Arbeiter. Die sofortige Wiedereinstellung aller der zur Entlassung kommenden Bergarbeiter und Zechenangehörigen in den Produktionsprozess ist zurzeit nicht möglich, weswegen die Arbeitsmarktlage im Bergbau eine weitere erhebliche Verschlechterung erfahren wird.

Die Zahl der in der Woche vom 1. bis 6. Juni wegen Abschlusses ihrer Feiertage eingetragenen Arbeiter beträgt insgesamt 50 281 in 36 Fällen, wegen Betriebsstörungen 1654.

Nur in den nördlichen Randzechen ist laufend die Unterbringung von Bergarbeitern möglich. In den anderen bisher aufnahmefähigen Gebieten reichen die offenen Stellen meist gerade aus, um die am selben Orte zur Entlassung kommenden Arbeiter unterzubringen.

Anwerbung von Bergarbeitern.

In letzter Zeit bemühen sich Agenten, hiesige Bergarbeiter für den Lothringer Erzbergbau anzuwerben. Auf Grund verschiedener Anfragen haben wir über die dortigen Verhältnisse Erkundigungen eingezogen, die im wesentlichen nicht besonders günstig liegen, so daß wir die Kameraden warnen möchten, so ohne weiteres nach dort abzureisen. In den Erzgruben in Diedenhofen herrscht augenblicklich Hochkonjunktur in welcher die Unternehmer eine Vermehrung der Belegschaften vornehmen. Die Lothringer Unternehmer werden von der dortigen Bergarbeiterorganisation als vertragsbrüchig bezeichnet. Es arbeiten dort Arbeiter aller Länder, insbesondere Polen. Die sonstigen Verhältnisse liegen so, daß jedenfalls die angeworbenen Arbeiter eine Enttäuschung erleben würden, da die Löhne von 25—30 Fr. nur notdürftig zum Lebensunterhalt ausreichen. Des weiteren werden die Nichtlothringer als Ausländer behandelt und setzen sich der Gefahr aus, bei der geringsten gewerkschaftlichen oder politischen Betätigung als flüchtige Ausländer ausgewiesen zu werden. Unzählige der letzten Gemeinderatswahlen ist eine Anzahl organisierter Arbeiter entlassen worden, weil sie gegen reaktionäre Unternehmer als Gemeinderatsmitglieder kandidierten. Des weiteren wurden vom Arbeitsnachweisamt Eisenach, Abteilung Wachsberg, Bergarbeiter für den Kalibergbau im Berratal (Thüringen) angefordert. Auch hierüber angeforderte Ermittlungen ergaben, daß der Kalibergbau im Augenblick mit Arbeitskräften überfüllt ist und eine Abreise der Kameraden nach dort zwecklos wäre.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 26. Woche (vom 21. bis 27. Juni) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Nachfolgende Kameraden werden auf Grund des Beschlusses der Giehener Generalversammlung und des § 6 unseres Statuts aus dem Verbands ausgeschlossen: Hoffstelle Heesen: Otto Röhler (Haupt-Nr. 1 392 274), Anton Knoff (H.-Nr. 1 326 200), August Bahr (H.-Nr. 1 326 077), August Prax (H.-Nr. 1 326 385), Karl Mathäi (H.-Nr. 1 326 396), August Mathäi (H.-Nr. 1 326 148), Fritz Gärtnner (H.-Nr. 1 392 521), Karl Viebing (H.-Nr. 1 392 533), Robert Damm (H.-Nr. 1 392 4-8), Wilhelm Löbber (H.-Nr. 1 326 455), Johann Rosawitz (Haupt-Nr. 1 391 822), Ludwig Turnau (H.-Nr. 1 392 530), Ludwig Wesselbut (H.-Nr. 1 392 532), Berthold Birnstiel (H.-Nr. 1 326 580). Hoffstelle Werries: Paul Pflüch (H.-Nr. 1 326 235), Josef Schmidtchen (H.-Nr. 1 326 420), Hermann Loch (H.-Nr. 1 326 231), Franz Schöffler (H.-Nr. 1 392 542), Fritz Daniele (H.-Nr. 574 711). Hoffstelle Essen: Hermann Giesecke (H.-Nr. 59 314).

Bibliothek.

Glöckler. Die Gewerkschaftsbibliothek, die sich bisher im Hause Thiele, Bismarckstr., befand, ist in die alte Lutherschule an der Bortropfer Straße, zweite Etage, verlegt worden. Entnahme und Umtausch der Bücher erfolgt von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Bücherrevision.

(Die Mitglieder werden gebeten, die Bücher bereit zu halten.) Gombert am Rhein. Vom 1. Juli bis 1. August. — Hülse. Vom 20. Juni bis 4. Juli. — Quer-Wüste. Vom 3. bis 10. Juli.

Krankengeldauszahlung.

Gombert am Rhein. Jeden Freitag wird Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Der Vertrauensmann: Josef Wintler. Hofhausener-Börnig. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr, und Dienstag und Donnerstag jeder Woche beim Hauptkassierer Wilhelm Goreske, Leutoburgstraße 8.

Adressenänderungen.

Kapen. Vertrauensmann ist Franz Pflüch, Kapen, Post Erlentshold, Bismarckstraße 15.

Knappschaftsältestenkommission Bochum.

Sonntag, 5. Juli, vorm. 10 Uhr, im Lokale August 2 o f t a m p u Bitten, Röhrchenstr. 32. Quartalsversammlung.

Kluge

Familienväter sichern sich und ihre Familien gegen alle Notfälle des Lebens, soweit sie dazu irgend in der Lage sind. Allein, für ihre Personen, können sie das nicht. Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle können wirksam nur im Zusammenwirken der **Arbeiter** sind ganz besonders auf solche Gemeinschaftsarbeit der Berufs- und Volksgenossen angewiesen, da ihnen ihr kärglicher Lohn keine Rücklagen für Not- sind sie bestrebt, im Zusammenzeiten gestattet. Deshalb schluss der Berufsgenossen im Verband die Garantie zu schaffen, die anständigen Lohn, menschenwürdige Behandlung, Schutz des Lebens und der Gesundheit, ausreichende Fürsorge für Kranke, Verletzte, Hinterbliebene verbürgen. Die Bergleute erreichen das am sichersten, wenn sie in möglichst grosser Anzahl sind

Mitglieder unseres Verbandes!

Betrachtungen über die jüngste intern. Gewerkschaftsstatistik.

Von J. Dudgeest, Sekretär des Intern. Gewerkschaftsbundes.

Dieser Artikel entnehme wir dem letzten Vierteljahrsheft der 'Internationalen Gewerkschaftsbewegung', herausgegeben vom Internationalen Gewerkschaftsbund.

Es scheint uns nützlich, bei Erscheinen des neuen (dritten) Jahrbuches des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Beschaffenheit und die organische Zusammenfassung der modernen Gewerkschaftsbewegung an dieser Stelle einige Betrachtungen anzustellen.

Zunächst einige Worte über den tatsächlichen Zustand unserer Gewerkschaftsbewegung während des Jahres 1923.

Wie aus einer Reihe ausführlicher Tabellen hervorgeht, war das Jahr 1923 für die Gewerkschaftsbewegung ein sehr ungünstiges. Während die Gesamtzahl der Organisierten aller Richtungen Ende 1921 gut 46 Millionen betrug, war sie Ende 1922 auf 41 Millionen zurückgegangen, um schließlich Ende 1923 auf 36 1/2 Millionen zu sinken.

Welche Ursachen haben in der Periode, über die das Jahrbuch berichtet, den Mitgliederabgang bewirkt? Unsere Veröffentlichung gibt in den ausführlichen Berichten der angeschlossenen Landeszentralen hierauf Antwort.

Belgien verweist auf das Anwachsen der Mitgliederzahlen während des kurzen wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Kriege, das dann freilich allmählich ins Gegenteil umschlug, als sich während der Depression zeigte, daß durch die Gewerkschaft keine unmittelbare Besserung der Arbeiterlage erreicht werden konnte.

Ein Teil der Ursachen, die seinerzeit den Mitgliederabgang der Gewerkschaftsbewegung bewirkten, sind seither verschwunden, so daß begründete Hoffnung besteht, daß ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz der abgesprengten Mitglieder wieder zurückkehrt und die Verluste in einigen Jahren ausgeglichen sein werden.

Auch noch in anderer Richtung verdient das Jahrbuch die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften. So wird zum erstenmale eine Uebersicht über die Fachpresse der dem I.G.W.B. angeschlossenen Organisationen gegeben, soweit hierfür Material zur Verfügung stand.

Table with columns for 'Dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossene Organisationen' and 'Zahl der Organisierten'. Lists countries like Belgien, Dänemark, Deutschl. (IGWB), etc.

Diese Zusammenstellung zeigt, daß in Deutschland, Oesterreich, Belgien, Kanada, Dänemark, Holland, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei die Gewerkschaftspressen am besten entwickelt sind, während die Fachpresse in England, Ungarn, Italien, Lettland, Polen, Rumänien und Jugoslawien auf diesem Gebiete sehr zurück ist.

Bisher hat es in den Statistiken der modernen Gewerkschaftsbewegung an einer detaillierten Uebersicht gefehlt, die ein Urteil darüber erlaubt hätte, inwiefern die in Internationalen Berufsssekretariaten vereinigten Verbände den dem I.G.W.B. angeschlossenen Landeszentralen angehören und welche dem I.G.W.B. angeschlossenen Organisationen ihrem Berufsssekretariat angehören.

Die tschechoslowakische Gewerkschaftsbewegung veröffentlichte ihren Tätigkeitsbericht über das Jahr 1924. Darnach waren in der Vereinigung zu Beginn des Jahres 1924 42 Verbände mit 324 189 Mitgliedern vertreten. Am Ende des Jahres betrug die Zahl der Verbände 43, die Zahl der Mitglieder 330 000.

Table showing percentages of members belonging to various international organizations. Includes entries for Niederlande (100%), Polen (79%), Großbritannien (78%), etc.

Wie obige Ziffern zeigen, gibt es eine große Anzahl von Landeszentralen, deren Mitglieder zum überwiegenden Teil den Berufsssekretariaten der angeschlossenen Verbände angehören.

feinem Berufssekretariat an. Die Tatsache, daß zum erstenmale im Jahrbuch ein vollständiges Verzeichnis aller Organisationen angegeben wird, sowohl jener, die einer Landeszentrale und keinem Berufssekretariat, als auch jener, die einem Berufssekretariat und keiner Landeszentrale angeschlossen sind, ermöglicht eine bessere Orientierung über den organischen Zusammenhang der Gruppierungen.

Aus dem mannigfaltigen Material des Jahrbuches seien noch einige Angaben über die Zahl der Organisierten (ohne Unterschied der Richtung) im Verhältnis zur Bevölkerungszahl hervorgehoben.

Table showing the percentage of the total population that is organized in various countries. Includes entries for Oesterreich (17.1%), Deutschland (15.3%), Kanada (2.9%), etc.

Wie man sieht, fällt Oesterreich hier die Krone zu. Ihm folgen als nächststarke Länder Deutschland, England, Australien und die Tschechoslowakei.

Wegen dieser kurzen Betrachtungen die Leser veranlassen, die neue Publikation des I.G.W.B. zu studieren und gleichzeitig ein Aufsporn für alle jene sein, die imstande sind, am planmäßigen und zielbewußten Aufbau der internationalen Gewerkschaftsbewegung mitzuwirken.

Internationale Rundschau. Die tschechoslowakischen Gewerkschaften 1924.

Die tschechoslowakische Gewerkschaftsbewegung veröffentlichte ihren Tätigkeitsbericht über das Jahr 1924. Darnach waren in der Vereinigung zu Beginn des Jahres 1924 42 Verbände mit 324 189 Mitgliedern vertreten.

Der Dank der dänischen Arbeiter an den I.G.W.B.

Nach Schluß des großen Kampfes wandte sich der dänische Gewerkschaftsbund in einem zusammenfassenden Schreiben an den I.G.W.B. Er richtet darin im Zusammenhang mit der eingeleiteten Hilfsaktion auch Worte des Dankes an die ausländischen Arbeiter und sagt u. a.:

Eine asiatische Arbeitskonferenz.

Die Vertreter der indischen und japanischen Arbeiter auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf haben beschlossen, im nächsten Jahr eine asiatische Arbeitskonferenz einzuberufen, und zwar voraussichtlich in Shanghai.

Schluß des redaktionellen Teils.

Als bewährte Küchenhilfsmittel haben sich die Erzeugnisse der Mondamin-Gesellschaft erwiesen. Neben dem vorzüglichen und vielseitig verwendbaren Mondamin, das zur Bereitung von Kuchen, Torten, Kleingebäcken, Suppen, Soßen, Breien usw. ge-

tadezu unentbehrlich geworden ist, bringt diese bekannte Firma neuerdings auch Mondamin-Backpulver in den Handel. Die Güte des überall gebrauchten Mondamin gibt die Garantie für die neuen Mondamin-Erzeugnisse.

min-Puddingpulver einmal versucht hatte, war zufrieden und verwendet beides immer wieder. Die Mondamin-Gesellschaft Heilbronn und Berlin-Charlottenburg 2, Herderstraße 16, versendet auf Wunsch an jedermann kostenlos ein Kochbüchlein.

Kuchen und Torten

sowie Kleingebäck und Keks aller Art verfeinern Sie, wenn Sie nicht nur reines Weizenmehl verbacken, sondern das aufquellende und dadurch ausgiebige Mondamin zu Hilfe nehmen. Die aus Mondamin bereiteten Gebäcke werden besonders zart und locker. Hierzu kommt noch die leichte Bekömmlichkeit und der grosse Nährwert, den Mondamin als Kohlehydrat hat.

Toga gegen Schmerzen. der Nerven, Rheuma, Gicht, Ischias, Hexenschuss, Kopfschmerzen. Best. 126% Lith, 0,46% Chinin, 74,3% Acid. acet. salic. ad 100Amyl.

Jeder Raucher verlange, bevor er Rauchtobak bestellt, meine Preisliste, die gratis und franco versandt wird. Emil Köller, Bruchsal Nr. 169 (Baden).

Meine Kamera Modell 2206, 9x12, vorzüglich ausgestattet, ist das Ereignis des Tages. 5 Tage zur Probe.

An alle Asthmal Leidende! Hören Sie das Urteil Ihrer Leidensgefährten: Das von Ihnen gefundene Heilmittel gegen Asthma und Augenleiden hat mir geholfen.

Käse und Butter. Best. 126% Lith, 0,46% Chinin, 74,3% Acid. acet. salic. ad 100Amyl.

Emil Köller, Bruchsal Nr. 169 (Baden).

5 Tage zur Probe. Walter H. Gartz, Berlin S. 43 Postfach 828 C

An alle Asthmal Leidende! Nymphenbosan A.G. München 23

